



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

132 (20.3.1909) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-314829](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-314829)

General-Anzeiger



Abonnement (Badische Volkszeitung) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)
30 Pfennig monatlich, durch die Post bez. incl. Porto wöchentlich 12. 4. 43 pro Quartal. Einzel-Nummer 6 Pf.
In Verlage: Die Colonel-Verlagsgesellschaft in Mannheim und Umgebung.
Tägliche 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag) Eigene Redaktionsbüros in Berlin und Karlsruhe.
Schluß der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 132. Samstag, 20. März 1909. (1. Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfaßt 20 Seiten.

Telegramme.

Der Mord im Koblenzer Eisenbahnzuge.
* Trier, 19. März. Das Schwurgericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Bautechniker Raagh, der den Berufsversicherungsagenten Regel im Eisenbahnzuge erschossen hat, zum Tode.

Risfat Pascha in Berlin.
* Berlin, 19. März. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ schreibt: Der Kaiser verlieh dem türkischen Minister des Auswärtigen Risfat Pascha das Großkreuz des Roten Adlerordens. Der Reichskanzler empfing heute Risfat Pascha. — Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schön hatte gestern nachmittag mit Risfat Pascha eine längere Besprechung. Der Minister speist heute bei dem Staatssekretär.

Demonstration gegen die „deutschen Freiheiten.“
M.E. Prag, 20. März. (Privattelegramm). Das slavische Aktionskomitee in Prag verordnet in die meisten tschechischen Häuser offene Prospekte, welche in tschechischer Sprache die Forderungen anfordern, kommenden Sonntag auf dem Graden und dem Banzelsplatz zu erscheinen. Als Grund wird die Veranstaltung einer Demonstration gegen die „deutschen Freiheiten“ in Prag angegeben. Die Deutschen in Prag leben in großer Sorge, daß es zu einer neuen Massenrevolte der Tschechen gegen die deutsche Minorität komme. Die Regierungsbehörden verhalten sich ruhig.

Große Ueberschwemmungen in Rußland.
* Petersburg, 19. März. Aus den Gouvernements Bessarabien und Cherson werden große Ueberschwemmungen gemeldet. Kischinew ist vollkommen isoliert. Die Post von dort ist seit drei Tagen ausgeblieben. Der Fugereiche Dobscha-Nikolajew, Dobscha-Nikolajew und auf der Donaulinie ist unterbrochen. In der Bahndamm teilweise weggeschwemmt ist.

Der Generalstaatsrat der französischen Postbeamten.
* Paris, 19. März. (Kammer.) Vor den Zugängen zum Palais Bourbon war ein starker Sicherheitsdienst eingerichtet. Die Tribünen sind überfüllt, der Saal vollbesetzt. Zahlreiche Postbeamte wohnen der Sitzung bei. Der Präsident eröffnete die Sitzung gegen 3 Uhr. Unter Urkunde des Hauses appellierte Berod (radikaler Republikaner) an die Wachsamkeit der Regierung und die republikanische Gesinnung der Postbeamten, um der gegenwärtigen unhaltbaren Lage ein Ziel zu setzen. Massadwan (unabhängiger Republikaner) sprach die Schuld an dem Streik der Zusammenhangeligkeit in der Verwaltung zu. Die Telefonistinnen seien überbürdet. Beförderungen würden aus politischen Beweggründen vorgenommen. Die Beamten erwarteten vergeblich ein Reglement. Nebner erinnert Simonan daran, daß er ebenso wie der Arbeitsminister Sionani 1899 der Tagesordnung zustimmte, die den Postbeamten das Streikrecht zubilligte.

Der Deputierte Sembat (Sozial) äußerte sich dahin, daß der Zustand entstanden sei, weil die Regierung es im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen versäumt habe, Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen und weil sie sich ferner geweigert habe, mit dem Personal zu verhandeln. Die Postbeamten hätten nur die Forderung gestellt, ebenso wie die Eisenbahnbeamten behandelt zu werden. Sembat sprach die Hoffnung aus, daß die Kammer nicht in die Falle gehen würde, die von der Regierung zu erwarten sei, wenn sie mit der Erklärung komme, es handle sich hier um das Autoritätsprinzip der Regierung. Falls die Kammer der Regierung einen Mandatwechsel anstellen würde, dürften neue rigorose Maßnahmen die Folge sein. Die Mehrzahl der Postbeamten haben gar nicht die Absicht, einen Kampf gegen den Staat anzufangen. Nebner führte dann die Ursachen dieses blühenden Ausstandes auf und nannte besonders die berechtigten Ansprüche des Personals auf Beförderung und die verhängten Strafen. Zum Schluß bot er die Kammer nichts zu tun, was nicht wieder gut zu machen sei. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Eine Expedition nach Grönland.
* Kopenhagen, 19. März. Die Mitglieder des Komitees für die Danmark-Expedition haben beschlossen, auf einer Motorboot eine kleinere Expedition nach der Nordküste Grönlands auszuführen, um in den Besitz der Tagebücher und Kartenblätter, welche die Mitglieder der Danmark-Expedition, Abhus Grichsen und Voegh Hagen, wahrscheinlich im Damarfjord niedergelegt haben, zu gelangen. Der Expeditionsplan ist von dem bekannten Polarforscher Esnar Nilsen entworfen, der auch zum Leiter anberufen ist. Die Expedition soll aus sieben Mitgliedern bestehen und Mitte Juni von Kopenhagen abgehen und im Herbst 1910 zurückkehren. Die Kosten sind auf 45000 Kronen veranschlagt, wovon die Hälfte von Mitgliedern des Komitees der Danmark-Expedition bereits aufgebracht ist. Voraussetzung für die Verwirklichung des Planes ist, daß der Staat die andere Hälfte der Kosten trägt.

Deutsche und englische Flottenrüstungen.

In der Budgetkommission ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen in der Kommission erscheinen möchten, um dort Aufklärungen zu geben über etwaige Abmachungen, die wegen der Flottenfrage zwischen Deutschland und England stattgefunden haben. Es scheint aber, daß die Reichsregierung den Zeitpunkt, wo in England so leidenschaftlich über diese Frage gestritten wird, nicht geeignet hält für öffentliche Erklärungen, deren Abgabe an sich wohl unbedenklich ist, für die der Reichskanzler wohl aber am liebsten selbst die ihm richtig scheinende Zeit gewählt hätte.

Zu der Frage der Flottenrüstungen, die in England so unheimlich viel Unruhe und Aufregung hervorgerufen, ergelbt von deutscher Seite eine amtliche Mitteilung. Es wird in ihr besagt, daß von England seinerzeit in der Tat ein Arrangement über die Flottenrüstungen vertraulich angeregt worden ist, doch wurde von deutscher Seite damals auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich einer solchen Abmachung entgegenstellten, eine Auffassung, die von deutscher Seite schon auf dem Haager Kongresse vertreten wurde. Wahrscheinlich haben die zuständigen Stellen in Deutschland damals die Engländer auf den gesetzlich festgelegten Flottenplan aufmerksam gemacht und die Absicht ausgesprochen, über die Grenzen dieses Planes nicht hinausgehen; somit würden die Erklärungen des Ministerspräsidenten Asquith mit den tatsächlichen Vorgängen nicht im Widerspruch stehen. Als über die Flottenrüstungen im Reichstag beraten wurde, äußerte sich Fürst Bilkow in folgender Weise:

Der Umfang unserer Rüstungen zur See ist vom Gesetz bestimmt, und zwar bestimmt lediglich nach dem Gesichtspunkte, unsere Küste zu verteidigen und unseren Handel zu schützen. Auf der einen Seite unsere geographische Lage, nach der für alle Zeiten unsere Sicherheit von der Stärke unserer Landheeres abhängig sein wird, auf der anderen Seite das Maß unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte, die durch die Anforderungen für unser Landheer und durch eine allen Ländern weit vorausgehende Sozialpolitik bereits stark belastet sind, schließen es — daran wohl ich mich der Zustimmung unserer Marinebehörden gewiß — völlig aus, daß wir beim Flottenbau über das nach unserm Schicksal bestimmt und demgemäß gesetzlich festgesetzte Maß hinausgehen.

Also auch in dieser Rundgebung hat sich der Reichskanzler auf unsern Flottenplan berufen, über den man schon aus dem einen Grunde nicht hinausgehen kann, weil er gesetzlich festgelegt ist.

In der amtlichen Erklärung heißt es weiter: Wir möchten bei diesem Anlaß zwei Gesichtspunkte hervorheben. Auf der einen Seite ist es sehr schmeichelhaft für Deutschland, daß man im seestarken England den deutschen Flottenrüstungen eine so große Bedeutung beilegt, daß man sie zum Maßstabe für die englischen nimmt. Bei nüchternen Betrachtung will es aber scheinen, daß hierin doch eine starke Uebertreibung liege, da ein Wettbewerb mit der englischen Flotte schon darum nicht in Betracht kommen kann, weil wir ganz genau wissen, daß, auch wenn wir der englischen Seemacht gleichkommen wollten, das schon aus dem einfachen Grunde nicht gelingen würde, weil England stets in der Lage wäre, seine Seemacht in gleichem oder noch stärkerem Verhältnis zu verstärken; die Uebermacht bliebe immer auf Seiten Englands. Die Beforgnis, daß sich die Machtverhältnisse zur See in einer für England auch nur verhältnismäßig unvorteilhaften Weise verschieben könnten, ist sonach ganz hinfällig. Wir möchten aber auch noch folgendes betonen. Vertrauensvolle politische Beziehungen sind weit mehr aufbringender als die orisometrische Festlegung der Stärkeverhältnisse, die, wenn sie wechselseitig sein soll, gerade auf dem Gebiete der Seemacht auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt. Solange zwischen Deutschland und England kein Mißtrauen herrscht, hat die Frage der Flottenrüstungen nur

eine nebensächliche Rolle gespielt; sie ist erst in den Vordergrund getreten, als dieses Mißtrauen wachgerufen wurde. Gelingt es, und das ist der dringende Wunsch aller Kreise in Deutschland, es zu beseitigen, so werden auch die Flottenrüstungen nicht mehr einen beunruhigenden Charakter tragen, und diese Wiederherstellung des Vertrauens wird besser wirken, als es papierene Verträge zu tun imstande sind.

Das Vaterland in Gefahr?
* London, 20. März. (Von unfr. Londoner Bureau.) Die Forderungen der unionistischen Zeitungen gegen die wachsende deutsche Flotte ist nicht nur in steter Zunahme begriffen, sondern es wird auch auf keine Erklärung, auf keine Erwidern und keine Dementis mehr gehört. Die Seiten der Blätter werden mit Artikeln gefüllt, welche beweisen sollen, daß das Vaterland sich in großer Gefahr befindet. Außerdem liegen hier Berichte vor von Reden aggressiver Art, die gestern abend in verschiedenen Städten von unionistischen Abgeordneten über die Flottenfrage gehalten wurden, kurz, es handelt sich um eine Agitation, wie man sie noch nicht erlebt hat.

Nur einige liberale Organe versuchen, die erhitzten Köpfe zur Vernunft zu bringen, aber ihre Mahnungen verhallen ungehört.

Das Kabinett trat gestern zu einer 1/2stündigen Sitzung zusammen, um über die durch die letzten Ministerreden geschaffene Situation zu beraten. Balfour hat als Führer der Opposition den Antrag gestellt, am Montag ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung auszusprechen, weil sie ihre Pflicht gänzlich verlegt habe. Sie sei nicht genügend über den deutschen Flottenbau informiert und habe außerdem nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Da in solchen Fällen im englischen Unterhaus die Partei-Disciplin über alles steht, so wird der Antrag Balfour mit erdrückender Mehrheit abgelehnt werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß in der Zwischenzeit weiter gegen Deutschland gehetzt werden wird und darum bedauerlich man hier in maßgebenden politischen Kreisen, daß der Kanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen gestern nicht die Gelegenheit ergriffen haben, sich deutlich über die Lage auszusprechen.

Die Kopflosigkeit geht soweit, daß gestern bei Eröffnung der Luftschiffausstellung ein 70jähriger Admiral eine Rede hielt, in der er sagte, die Nation müsse 50 Millionen Pfund für ihre Flotte ausgeben, denn man solle bedenken, was die englische Seemacht auch jetzt kosten möge, so sei dies nichts gegen das, was man zu erwarten habe, wenn es Deutschland gelingen sollte, eine Invasion in England zu bewerkstelligen.

Einige Führer der Unionisten planen eine große City-Verammlung in der Guildhall abzuhalten und man erwartet, daß es dort selbst zu einer gewaltigen Demonstration im Sinne der Flottenfreunde kommen werde.

Sogar in den Kolonien scheint sich eine Bewegung bemerkbar zu machen, die darauf abzielt, dem Mutterlande eine starke Flotte zu gewährleisten. So macht eine australische Zeitung den Vorschlag, dem Mutterlande ein Dreadnought zu schenken und aus den afrikanischen Besitzungen Englands kommen ähnliche Vorschläge, allerdings wird selbst bei den hiesigen Flotten-Imperialisten auf derartige Vorschläge nicht viel gegeben, denn man hat schon genug Erfahrungen gemacht, was dabei herauskommt und daß sie lediglich als Stimmungssymbol zu beachten sind.

Die Krise auf dem Balkan.

Serbischer Größenwahn.
Auch heute ist eine wesentliche Klärung der Lage noch nicht zu verzeichnen und die Lage schwankt weiter zwischen Krieg und Frieden. Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß das offizielle Serbien wohl allmählich nicht mehr abgeneigt ist, nachzugeben, aber daran gehindert wird durch die ziellose und wahnwitzige Erregtheit des serbischen Volkes. In diesem Verhältnis zwischen Regierung und Volk in Serbien ist auch heute noch keine Besserung eingetreten und damit bleibt die österreichisch-serbische Frage auch heute in der Schwebe.

Es bestätigt sich vollkommen, daß der serbische Minister Milomanowitsch sich Vertretern fremder Mächte gegenüber in dem Sinne geäußert hat, wie gestern die Agente Savas meldete. Serbien würde danach anerkennen, daß die bosnische Frage definitiv geregelt ist, wenn die Mächte in Belgrad eine die Tatsache der Einverleibung anerkennende Erklärung abgeben. Es würde dann auch abrisßen, wenn die Mächte ihm die Ueberzeugung ausdrücken, daß es von Oesterreich keinen Angriff zu befürchten habe. Das klingt sehr schön und friedlich, u. man mühte Serbien zu diesem Geständniswechsel aufrichtig beglückwünschten, wenn man sicher sein könnte, daß den Worten auch die Taten folgten. Ganz abgesehen davon,

daß die gedachte Erklärung der Mächte noch nicht erfolgt ist, hat die serbische Regierung im Laufe der Verhandlungen eine solche Unzuverlässigkeit an den Tag gelegt, daß große Vorzicht am Platze ist. Als Graf Forgach seine bekannte Erklärung in Belgrad abgab, jagte ihm der serbische Minister, er hoffe zuversichtlich, daß die Antwort Serbiens Oesterreich zufrieden stellen werde, und er werde, damit es keine Mißverständnisse gäbe, vorher noch über die Fassung der Antwortnote mit dem Grafen Forgach sich beraten. Diese Zusage ist nicht gehalten worden, und wie die Note ausgefallen, ist ja bekannt. Die Sprache der serbischen Presse ist auch mit den ruhigeren Versicherungen des Ministers nicht im Einklang. Mali Journal greift jetzt auch Deutschland an und sagt, daß Serbien trotz des deutschen Sabelrassens mit Ruhe auf das Ende der jetzt von Europa gespielten Komödie warten könne, dann aber werde die Tragödie kommen, bei der entweder Serbien und Montenegro oder Oesterreich-Ungarn ihr Ende finden würden. Rußland, Frankreich und England möchten, wenn sie schon nicht den Mut hätten, Serbien zu unterstützen, es wenigstens nicht hindern. Wenn diese Mächte Deutschland im Stich hielten, werde Serbien schon allein mit dem moribunden Oesterreich fertig werden (!) und dann würde auch der Zusammenbruch Deutschlands leicht herbeizuführen sein. Wir führen diese Aeußerung nur an als Zeichen eines unverkennbaren Größenwahnsinns, der nur pathologische Bedeutung hätte, wenn nicht durch ihn das serbische Volk irregeltet und zu Handlungen bewogen werden könnte, die es selbst ins Verderben stürzen würden. Eine derartige Preßpolemik ist jedenfalls nicht die richtige Vorbereitung zu dem Nachgeben vor dem Willen Europas, das der Minister Milovanowitsch in seinen Erklärungen zugestanden hat.

Die neue Note Oesterreich-Ungarns an Serbien.

Der österreichische Gesandte Graf Forgach hat den Minister des Auswärtigen Milovanowitsch besucht und ihm mitgeteilt, er wolle ihm heute die Note seiner Regierung als Antwort auf die serbische Note übergeben. Die Note ist jedoch bis jetzt nicht überreicht worden. Gestern nachmittag fand im Ministerium des Auswärtigen der übliche Empfang der fremden Vertreter statt; auch Graf Forgach hatte sich eingefunden. Der Minister Milovanowitsch wurde gestern abend in besonderer Audienz durch den König empfangen. Auf Anordnung des Kriegsministers erhielt gestern der Prinz Alexander, der Bruder des Kronprinzen, die Charge eines Feldwebels. — In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurde die Budgetvorlage endgültig angenommen.

Demission Jzwolskis?

Die im Ausland verbreiteten Gerüchte über die Demission des Ministers des Auswärtigen, Jzwolski, sind wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, absolut unbegründet. Ganz Europa würde sich nicht wenig freuen, wenn die Gerüchte begründet wären, unter der Voraussetzung allerdings, daß Jzwolski durch eine Persönlichkeit ersetzt würde, die eine weniger mysteriöse und verhängnisvolle Politik des persönlichen Ehrgeizes und der Kraftlosigkeit gegen sinnlos chauvinistische Masseninstinkte triebe.

Politische Uebersicht.

• Mannheim, 20. März 1909.

Zur Reichsfinanzreform

Im Sinne der Kundgebung der Handelskammer Mannheim haben sich bisher gegen das Reichsfinanzreformkommission und für die Nachahmung des Erbschaftsteuer ausgedrückt die Handelskammern Heidelberg, Pforzheim und Stuttgart und der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer und industrieller Vereine. Die Handelskammer Stuttgart teilt der Handelskammer für den Kreis Mannheim mit, daß sie in ihrer Besprechung vom 16. einstimmig beschlossen habe, folgende Erklärung abzugeben und dem König, württemberg. Staatsministerium mit der Bitte zu unterbreiten, im Sinne dieser Erklärung im Bundesrat wirken zu wollen:

„Im Hinblick auf die neueren Beschlüsse der Finanzkommission des Reichstags sieht sich die Handelskammer Stuttgart veranlaßt, unter Bezugnahme auf ihren Beschluß vom 4. Debr. 1908 nochmals für eine teilweise Deckung des Reichsbedarfs durch direkte Besteuerung einzutreten. Sie hält unter den gegebenen Verhältnissen die Einführung einer Reichsmoderaterie bzw. den weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer für geeignet und erforderlich.“

Wie der „Allg.-Anzeiger“ erzählt, wird im Reichshauptamt auf Grund der Beschlüsse der Subkommission eine neue Tabaksteuer vorlage ausgearbeitet, die außer einer Erhöhung des Zolles für Tabakfabrikate und außer einer Erhöhung der Inlandssteuer einen Zollzuschlag von 80 Prozent des Wertes für bearbeitete und un bearbeitete ausländische Tabakblätter vorsieht. Der Zollzuschlag soll erhoben werden beim Uebergang der ausländischen Tabakblätter an den Verbraucher. Bis dahin sollten sie unter der Zollaufsicht des Reiches bleiben. Das weitere wird einer in Bremen zu erscheinenden zollamtlichen Prüfungsstelle überlassen, die mit weitgehenden Nachbefugnissen ausgestattet wird.

Die Ablehnung der Anzeigensteuer.

Die Finanzkommission des Reichstags beriet die Anzeigensteuer (Anzeigen- und Plakatsteuer). Von sozialdemokratischer und freimüthiger Seite wurde die Vorlage aus wirtschaftlichen und politischen Gründen bekämpft. Auch von nationalliberaler Seite wurde gebeten, schnell zu einer Entscheidung zu kommen. Vom Zentrum wurde die Vorlage ebenfalls bekämpft und hinzugefügt, daß man über eine Plakatsteuer geteilter Meinung sei. Die wirtschaftliche Vereinigung erklärt, daß sie die Vorlage ablehne. Nur Reichspartei und Konservative erklären ihre Sympathie für die Anzeigensteuer. Der Redner der letzteren empfahl auch eine Umtagssteuer, wogegen von freimüthiger und nationalliberaler Seite Widerspruch erhoben wurde. Gegen die sechs Stimmen der beiden konservativen Parteien wurde die Anzeigensteuer abgelehnt.

Deutsches Reich.

— Im Fall Schnizer soll eine neue Wendung eingetreten sein. Der Anlaß dazu wird erklärt in einem Artikel, den Professor Dr. Schnizer vor kurzem über die Stellung des Franziskusforschers Sobottier zum Modernismus in der Zeitschrift der Münchener Nachrichten veröffentlicht und den die Zentrumspresse bereit zu einem neuen Vorstoß gegen den Münchener Bekehrten benutzt hat. Nun läßt sich die Berliner Tägliche

Rundschau melden, das Exkommunikationsverfahren gegen Professor Schnizer sei laut einer unterm 15. März ergangenen oberkirchlichen Mitteilung wieder aufgenommen worden. Schnizer soll zu einer letzten Erklärungsfrist bis 30. März aufgefordert sein Demgegenüber stellen die Münch. Neuest. Nachrichten fest, daß Professor Schnizer bis heute eine solche Aufforderung nicht erhalten hat und daß ihm auch von der Wiederaufnahme des Exkommunikationsverfahrens nichts bekannt ist.

Badische Politik.

Jungliberaler Verein Neckarau.

• Mannheim-Neckarau, 19. März. Der jungliberale Verein Neckarau — seither Crisisgruppe des jungliberalen Vereins Mannheim — hielt vorgestern seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem vom Vorsitzenden des Vereins, Herrn Betriebsassistent Benzinger, erstatteten Jahresbericht zählt der Verein zur Zeit 60 ordentliche und 10 außerordentliche Mitglieder. Es fanden im verflochtenen Jahre 8 Vorstandssitzungen und 6 öffentliche Versammlungen mit Vorträgen statt, die sich durchschnittlich eines guten Besuchs zu erfreuen hatten. Der Kassier des Vereins Herr Kaufmann Tegen erstattete den Kassenbericht, nach welchem die Kassenverhältnisse als geordnete bezeichnet werden können. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war ein Antrag des Vorstandes auf Lostrennung der Ortsgruppe Neckarau vom jungliberalen Verein Mannheim und Umwandlung in einen selbstständigen jungliberalen Verein. Der Vorsitzende begründete den Antrag in eingehender Weise, ebenso sprach sich in der darauffolgenden Debatte, in welcher das „Für“ und „Wider“ der Selbstständigkeit in ausführlicher Weise besprochen wurde, fast sämtliche Diskussionsredner für die Selbstständigkeit des Vereins aus. Nach dem Schlusswort des Vorsitzenden zu diesem Antrag erfolgte namentliche Abstimmung, in welcher der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, die seitherige Ortsgruppe Neckarau des jungliberalen Vereins Mannheim vom jungliberalen Verein Mannheim loszutrennen und in einen selbstständigen jungliberalen Verein umzuwandeln. Ferner wurde beschlossen, daß der jungliberale Verein Neckarau dem Landesverband der jungliberalen Vereine Badens als Mitglied beitrete. Bei der Erneuerungswahl des Gesamtvorstandes wurden einstimmig wiedergewählt zum 1. Vorsitzenden Betriebsassistent Georg Benzinger, zum 2. Vorsitzenden Reichssekretär Eugen Schüle, zum Kassier Kaufmann Johannes Tegen; zu Beisitzern bzw. Vertrauensmännern: Landwirt Jakob Orth jun., Martin Weidner und Daniel Zeilfelder, Kaufmann Gustav Zahn und Bureauchef Georg Orth. Neugewählt wurde anstelle des seitherigen Schriftführers Herrn Franz Sieber, der eine Wiederwahl ablehnte, Herr Hauptlehrer Emil Winter, während Herr Sieber zum stellvertretenden Schriftführer und Bibliothekar gewählt wurde. Ferner wurden Herr Lindnermeister Wilhelm Winkler — und als Vertreter des allliberalen Vereins und der außerordentlichen Mitglieder — die Herren Stadtverordneten Prof. Orth und Schreinermeister Peter Speidel neu in den Vorstand gewählt. — Zum Schlusse der Generalversammlung erfolgte eine allgemeine Aussprache über die gegenwärtige politische Lage, wobei von sämtlichen Anwesenden das Bedauern über das Nichtzustandekommen des Blochs bei den kommenden badischen Landtagswahlen — vor allem vom Standpunkt der liberalen Einigung aus — zum Ausdruck gebracht wurde. Ebenso wurde die mit liberalen Grundsätzen unvereinbare Haltung der nationalliberalen Parteileitung und der nationalliberalen Wähler im Wahlkreis Bingen allseitig verworfen und die Erwartung ausgesprochen, daß der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei energische Maßnahmen treffe, damit in Zukunft ähnliche Disziplinlosigkeiten innerhalb der Partei vermieden bleiben. Zum Fall „Farrer Tremel“ sprach Herr Reichssekretär Schüle in laugen Ausführungen wobei er insbesondere ausführte, daß es Ehrenpflicht sämtlicher liberal gekleideter Männer Deutschlands sei, den Farrer Tremel in seinem schweren, selbstmüthigen Kampfe mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Hierauf wurde die Versammlung gegen 1 Uhr nachts vom Vorsitzenden mit einem warmen Appell an die Mitglieder, jederzeit treu zur Fahne des Liberalismus zu halten und für die jungliberale Idee eifrig zu agitieren, geschlossen.

Eine konservative Verdrehung.

Die „Badische Post“ behauptet in einem Artikel ihrer letzten Nummer, der „Mannh. Gen.-Anz.“ habe einen Artikel geschrieben, „in welchem der Vorstand und Aufsichtsrat des Diakonissenhauses dahin aufgeführt wird, den der nationalliberalen Partei so mißliebigen Pfarrer Karl aus seinem Amt zu entfernen.“ — Wir weisen diesen Vorwurf als eine glatte Verleumdung mit Protest zurück und fordern das konservative Blatt auf, seinen Lesern die Wahrheit mitzuteilen und keine Wobllügen.

Die Organisation der obersten Staatsbehörden.

Rh. Karlsruhe, 19. März. Die ungünstige Beschaltung unserer Finanzlage nötigt die Regierung, die im Landtag schon wiederholt angeregte Vereinfachung der Staatsverwaltung mancherorts ernstlich ins Auge zu fassen. Doch sie sich damit nicht sonderlich beeilt hat, ist begreiflich und entschuldbar. Soll nämlich auf diesem Wege eine Verabminderung der Ausgaben wirklich erzielt werden, so sind ziemlich einschneidende Maßnahmen erforderlich, die sich erst nach Ankämpfung gegen mancherlei Gegenströmungen durchsetzen lassen. Mit der Angliederung einiger Mittelstellen, wie des Oberkonsults, Verwaltungshofes, der Steuerdirektion usw. an die Ministerien wird es wohl kaum getan sein. Man dürfte vielmehr auch die Frage wieder einmal zu prüfen haben, ob denn ein Staat, von der Größe Badens in einer Zeit, wo das Reich seine Kompetenz vertieft erweitert, noch eines Apparates von nicht weniger als vier Ministerien nebst einem weiteren Minister ohne Portefeuille bedarf. Schon in den achtziger Jahren war der Versuch gemacht worden, mit drei Ministerien auszureichen. Wenn er nach einigen Jahren wieder aufgegeben wurde, so lag es hauptsächlich daran, daß ein so bejahrter Mann, wie Staatsminister Turban, eine normale Arbeitslast nicht länger bewältigen konnte. Heute ist die Situation in mehrfacher Hinsicht eine andere, und die Erneuerung jenes Versuchs würde sich aller Voraussicht nach bewähren.

Dazu kommt, daß sich gegen die derzeitige Abgrenzung des Geschäftskreises der einzelnen Ministerien sachliche Bedenken geltend machen lassen, die nicht von der Hand zu weisen sind. Wenn unser Schulwesen dem Justizressort unterstellt ist, so

hat dies keine sachlichen, sondern nur persönliche Gründe, die aber schon seit Jahren in Wegfall gekommen sind. Es gehörte auch bei uns früher zum Ressort der innern Verwaltung. Als jedoch nach Stöhrs unfreiwilligem Abgang Herr Turban neben dem Staats- und Handelsministerium vorübergehend auch noch das Ministerium des Innern übernehmen mußte, trennte man von letzterem das Schulwesen ab und teilte es dem Justizminister Roff zu, der fast zwei Jahrzehnte lang im Oberkonsulat gewirkt hatte. Das ließ sich rechtfertigen. Anders aber wurde die Sache, als 1901 Herr v. Dusch, der 21 Jahre lang als Staatsanwalt tätig gewesen, das Justizministerium erhielt. Schon zu jener Zeit hätte sich eine Organisations-Veränderung empfehlen — womit Herr v. Dusch übrigens ein Gefallen erwiesen worden wäre; denn Kultus und Unterricht gehörten nie zu den Annehmlichkeiten seines ministeriellen Postens.

Das Eisenbahnwesen war früher mit gutem Grunde dem Finanzministerium unterstellt. Erst als für Herrn v. Brauer ein geeignetes Ressort geschaffen werden sollte, erfolgte die Abtrennung und die Bildung eines besonderen Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. Nebenbei führte man als sachlichen Grund ins Feld, daß das Finanzministerium durch die Umwandlung unseres Ertragsteuerwesens in eine zeitgemäße Vermögenssteuer in ungewöhnlichem Maße mit Arbeit überbürdet werde. Auch das ließ sich hören. Aber Herr v. Brauer ist schon seit vier Jahren nicht mehr Minister, und die Vermögenssteuer hat schon längst unsere Steuerzahler beglückt oder vielmehr enttäuscht.

Die persönlichen, wie die sachlichen Gründe für die gegenwärtige Organisation unserer höchsten Staatsbehörden sind also längst nicht mehr vorhanden. Es wäre deshalb umso notwendiger, zu einer zweckmäßigeren Abgrenzung der Kompetenzen zu schreiten, als sie eine Angleberung von Mittelstellen wesentlich erleichtern würden. Nach rein sachlichen Gesichtspunkten wäre das Schulwesen wieder dem Ministerium des Innern, das Eisenbahnwesen dem Finanzministerium und das Ressort des Großherzoglichen Hauses dem Justizministerium zuzuteilen, während die auswärtigen Angelegenheiten die Geschäftsklast des Vorsitzenden im Staatsministerium sicherlich nicht wesentlich vermehren könnten.

Petition badischer Brauereibrenner.

- oc. Karlsruhe, 19. März. (Korresp.) Eine Petition von bad. Brauereibrennern, die heute dem Reichstag vorgelegt wurde, hat im Lande in drei Tagen schon über 4000 Unterschriften gefunden. Sie erbittet die Annahme des Branntweinkontingents mit folgenden Forderungen:
1. Den süddeutschen Staaten ist im Bezirk eine angemessene Vertretung einzuräumen und bei der Festsetzung der Branntweinkontingentspreise sind die süddeutschen Brauereiverhältnisse mit zu berücksichtigen.
 2. Den süddeutschen Brauereibrennern ist während der ersten 10 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes, wo nur eine Kontingents-Einschätzung von 10 M. gestattet wird, ein Zuschlag im Betrag von 3.50 M. auf 1 Hektoliter zu geben.
 3. Für Paragra. 141 Absatz 2 des Entwurfs wird folgende Fassung beantragt: „An Stelle dieser Einschätzung kann den im Absatz 1 bezeichneten Brauereibrennern, welche ihren Betrieb unter Beachtung der Kontingents- und Brennkontingents-einstellen, nach Maßgabe ihrer durchschnittlichen bisherigen Branntweinerzeugung als einmalige Entschädigung der jährliche Jahresbetrag der im Absatz 1 vorgesehene Entschädigung getrübt werden.“
 4. Brauereien, die in einem Jahre nicht mehr als 50 Hektoliter Alkohol herstellen, sollen auf Antrag auf Abänderung zugelassen werden.
 5. Landwirtschaftliche und Materialbrennereien, welche bisher in einem Betriebsjahr nicht mehr als 10 Hektoliter hergestellt haben, erhalten ein Brennrecht von 10 Hektoliter.
- Ein gleiche Petition ist zurzeit in Württemberg und Bayern aufgelegt.

Der König von Sachsen in Karlsruhe.

— [Karlsruhe, 20. März. Nach Mitteilung des Großherzoglichen Geheim. Kabinetts wird der König von Sachsen am 27. ds. Mts. mittags zwischen 12 und 1 Uhr zum Besuche der Großherzoglichen Herrschaften in hiesiger Stadt eintreffen und bis zum 28. ds. Mts. dahier verweilen.

Ulramontane Verdrängungen.

* Ueberlingen, 19. März. Die ultramontane Presse hat seit einiger Zeit den hiesigen Amtsvorstand zum Zielpunkt ihrer Verdrängungen gemacht. So wurde behauptet, er habe die Wahl eines kath. Geistlichen zum Vorstand des Obbauvereins zu Gunsten eines Nichtgeistlichen hintertrieben. In den Zeitungen wird nun folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die unterzeichneten Bürgermeister von 50 Gemeinden des Amtsbezirks Ueberlingen bedauern und verurteilen einmütig die in letzter Zeit in der Presse gegen Großh. Amtsvorstand Herrn Oberamtmann Levinger gerichteten ungerechtfertigten Angriffe.“

Wir alle haben Herrn Oberamtmann Levinger, der unablässig bemüht ist, die Interessen seines Bezirks und das Wohl aller Bezirksangehörigen zu fördern, als einen vorzüglichen, gegen jedermann gerechten und wohlwollenden Beamten kennen und seine politische und konfessionelle Toleranz schätzen gelernt.“

Möge Herr Oberamtmann Levinger, dem wir alle volles und uneingeschränktes Vertrauen entgegenbringen, fortfahren, seine erfolgreiche und verdienstvolle Wirksamkeit im bisherigen Sinne zu betätigen, die Liebe, Hochachtung und Dankbarkeit seines Bezirks wird ihm gesichert bleiben.“

Die Bürgermeister des Amtsbezirks Ueberlingen.* Dieser Erklärung haben sich auch acht Bezirksräte durch Namensunterschrift angeschlossen.

Arbeiterbewegung.

* Konstanz, 19. März. (Korresp.) Die vereinigten Schuetzbergkassen haben gestern die Arbeit gelähmt. — Die hiesigen Schuhmacherkassen haben auf 1. April den vor 2 Jahren bewilligten Tarifvertrag gelähmt.

Aus Stadt und Land.

• Mannheim, 20. März 1909.

Sitzung des Bürgerausschusses

Beratung des städtischen Voranschlags für 1909.

Bierter Tag.

(Schluß.)

Ein. Ged. weist darauf hin, daß die Frage sich ex einer reinen Handwerkerdebatte ausgehoben habe. Es liege dies im Wesen und in der Signatur des Bürgerausschusses seit den letzten Wahlen. Es sei etwas in die Versammlung hereingetragen

Stadttrat schon eingehend besprochen worden. Wohl alle werden der Meinung sein, daß man in einem Krankenhause von 7 Mill. Mark wohl die Verpflegungserhöhen könne. Im neuen Krankenhause werde man den Verpflegungssatz nicht unter 3 M. festsetzen können. Wenn aber jetzt schon befürchtet werde, daß das Krankenhaus nicht genügend Patienten erhalte, dann könne man je den Neubau des Krankenhauses zurückstellen.

Krankenhausdirektor Dr. Volhard bezeichnet den Platz als einen sehr günstigen und zwar gerade insofern der dortigen Windverhältnisse. Das Hauptgebäude des Krankenhauses komme vorn auf die Wiesen zu stehen, die erhöht würden, damit die Kranken beständig die prächtigen Luftströmungen am Redar genießen können. Der Platz sei ferner sehr günstig gelegen, weil die Windverhältnisse von Wohlgelegen nach dem Redar die allerbesten sind. In dem schon geschätzten Park können sich die Kranken schön erholen. Die Ankosten beim Neubau würden nicht so hoch zu stehen kommen, bei wie einem Krankenhaus, das eine deutsche Meile weit im Röhrländchen Wald liege. Eine Apotheke sei unter allen Umständen sehr notwendig. Er glaube, daß die diesbezüglichen Ankosten in einem Jahr schon wieder herauskommen. Die Einrichtung verurtheile einen Kostenaufwand von 4000 M., eine Summe, die von Sachverständigen außerordentlich bescheiden genannt werde. Wenn man eine eigene Apotheke habe, sei es entschieden günstiger, als wenn man alles vom Apotheker beziehen müsse. Auch in Karlsruhe sei im Krankenhaus eine Apotheke eingerichtet worden. Die Erfparnisse hätten rund 10000 M. betragen. Es sei unmöglich, mit einer Apothekenschweizer die Apotheke zu führen. Wenn der Apotheker seinen Urlaub bekomme, müsse ein Stellvertreter für ihn einspringen. Auf der Station habe man alle Dinge vorräthig, es komme nicht vor, daß man nichts zu einem Apotheker schicken müsse. Daß man etwas sparen könnte, wenn man die Apotheke nicht einrichtete, sei ganz ausgeschlossen; im Gegentheil: die Sache ist wesentlich teurer. Die Einrichtung für die Apotheke ist billig gewesen, wie nur irgend möglich. Es wird alles sparsam und ordentlich verwendet. Bei der Projektierung des Krankenhauses wurde das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, alles praktisch einzurichten. Redner plädiert am Schlusse seiner Ausführungen für Verbeibaltung des gegenwärtigen Verpflegungssatzes von 250 M.

Stadtbaurechtlich weißt darauf hin, daß die Stelle, wo das Krankenhaus zu stehen komme, meistens aus Sand bestehe. Nicht unter der Oberfläche stehe man auf groben Kies. Das Krankenhausgebäude werde rings um den Park erstellt. Auf der einen Seite sei das Hauptgebäude, an den übrigen Grenzen des Parks die Pavillone. Mannheim sei in der glücklichen Lage, mehrere geeignete Plätze für ein Krankenhaus zu besitzen. Aber von allen Plätzen, die für den Neubau in Betracht kämen, wäre dies der geeignetste Platz. Er könne nur bestätigen, daß man bemüht sein werde, außerordentlich billig zu bauen.

Stv. Hoffmeister fragt an, ob die zusammengezogenen Krankenhausbaugebäude auf dem erhöhten Damm am Redar erstellt werden sollen. (Herr Oberbürgermeister Martin bestätigt dies.) Redner bemerkt dann humorvoll, daß er einmal nach Berlin gehe und das Virchow-Krankenhaus besichtigen wolle. (Heiterkeit.)

Stv. Dr. Heuck betont, daß die Errichtung einer Apotheke noch im alten Krankenhause einen Vorteil bedeute. Es komme besonders in Betracht, daß der Apotheker auch für das Laboratorium herangezogen werden könne. Redner tritt dann wiederholt für die Verbeibaltung der alten Verpflegungssätze ein.

Oberbürgermeister Martin entgegnet dem Vorredner, daß man mit den Verpflegungssätzen in Sandhofen und Lompertheim nicht konkurrieren wolle. Nach den Aussagen des Stv. Dr. Heuck müsse man annehmen, daß kein richtiges Bedürfnis für die Erstellung eines Krankenhauses bestehe. Wenn jetzt schon befürchtet werde, daß man das neue Krankenhaus nicht bezahlen könne. Mit Heidelberg könne man auch nicht konkurrieren, da Heidelberg staatlich subventioniert werde. Daß eine gewisse soziale Verpflichtung bestehe, die Sätze nicht zu erhöhen, glaube er nicht, denn in dem Budget seien für soziale Fürsorge 427 896 M. vorgesehen. Das sei auch eine Zahl, die sich hören und sehen lassen kann und es könne niemand einen Vorwurf machen, wenn wir die Verpflegungssätze unseres Krankenhauses von 250 auf 280 Mark erhöhen. Redner gibt sodann eine eingelaufene Resolution bekannt, in der verlangt wird

den seitigen Verpflegungssatz von M. 250 bestehen zu lassen und die Sätze für auswärtige Kranke von 4 M. auf 3 M. zu ermäßigen.

Unterzeichnet ist die Resolution von den Stv. Dr. Heuck, König, Kromer und Leiser.

Stv. Levi verlangt getrennte Abstimmung.

Stv. Fhrig findet es begreiflich, daß die Bewohner der Redarstadt sich um ihren Park wehren. Er fragt an, bis wann ein neuer Park erstellt würde.

Oberbürgermeister Martin entgegnet dem Vorredner, daß dies eine Frage sei, die einer jahrelangen Regelung bedürfe.

Stv. Schneider bebauert, nachdem eine Handwerker-Debatte hervorgerufen. Er gibt bekannt, daß sich die diesige Bäderinnung an die Krankenhäuserverwaltung zwecks Brotlieferung ge-

wendet, aber einen abschlägigen Bescheid erhalten habe. Es seien meistens jüngere Meister, denen die Brotlieferung übertragen worden sei. In Heidelberg hätte auch die Bäderinnung die Brotlieferung für das Krankenhaus gehabt, bis ein neuer Beamter kam, der dies nicht mehr dulde. Redner ersucht hierauf die Stadterwaltung dafür Sorge zu tragen, daß auch die Bäderinnung mit der Brotlieferung für das Krankenhaus betraut werde.

Bürgermeister v. Hollander entgegnet, daß das akadem. Krankenhaus in Heidelberg seine Brotlieferung auch nicht an eine Bäderinnung verbeibe. Er bebauere, aber er könne den Wunsch der Bäderinnung nicht erfüllen, es sei unmöglich.

Stv. Schneider zählt eine ganze Reihe von Städten auf, in denen den Bäderinnungen die Brotlieferung für die Krankenhäuser übertragen sind. Es sei keine Ehre für unsere bodische Regierung, die bei jeder Gelegenheit betone, daß dem Handwerk geholfen werden müsse und die in Heidelberg ohne jeden Grund der Bäderinnung die Brotlieferung in das akad. Krankenhaus unterjage.

Stv. Volhard ist mit den Ausführungen des Bürgermeisters v. Hollander vollständig einverstanden. Was die Fleischlieferung in das Krankenhaus anbelange, so habe jedenfalls einmal ein Metzgermeister versucht, etwas zu liefern, was nicht angängig war und das von einem Sachverständigen zurückgewiesen wurde. Im Sommer sei das Krankenhaus oft berart leer, daß man es fast zum Schließen warte, dagegen sei es von Dezember bis Ostern oft berart überfüllt, daß ein Neubau unerlässlich sei. Was die Umänderung des Krankenhauses anbelange, so könne man damit zufrieden sein. Daß wir damit rüchständig waren, werde jeder zugeben müssen. Betrete man heute das Krankenhaus, so bekomme man gleich ein anderes Bild.

Oberbürgermeister Martin stellt einige Ausführungen des Vorredners richtig und bringt die eingebrachte Resolution getrennt zur Abstimmung.

Der erste Teil der Resolution betr. Verbeibaltung der gegenwärtigen Verpflegungssätze im Krankenhause wird mit allen gegen 4 Stimmen angenommen, während der andere Teil der Resolution, die Verpflegungskosten für Auswärtige von 4 auf 3 M. herabzusetzen, mit großer Majorität abgelehnt wurde.

Bei Position „Soziale Fürsorge“ stellt

Oberbürgermeister Martin fest, daß ein sozialdemokratischer Antrag vorliege auf Erhöhung des Beitrags für die Ferienkolonien von 10—15 000 M. und ein Antrag der Blokparteien auf Erhöhung des Beitrags für den Mädchenhort auf 5000 M.

Stv. Vötiger bringt verschiedene Wünsche seiner Fraktion vor. Er fordert erhöhte Sätze für die Armenpflege, Errichtung eines Obdachlosen-Hotels für Lebige und eine Wärmeballe in der Innenstadt. Die Abänderung der Grundstücke bei der Einstellung von Arbeitslosen sei anzuerkennen. Das Material der Arbeitslosenzählung sollte wissenschaftlich bewertet und der Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung nähergetreten werden. Für den Beitrag für die Ferienkolonien sollten 10 000 M. dem Posten Feste und Feiertage entnommen werden.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, der Stadttrat sei durchaus davon durchdrungen, daß der Mädchenhort ebenso notwendig sei, wie der Knabenhort. Aber es sei zu bedenken, daß der Verein Mädchenhort bis jetzt mit einem gewissen Ueberschuß gearbeitet habe. Das Vermögen betrage 17 196 Mark. Das letzte Jahr wurde mit einem Ueberschuß von 658 M. abgeschlossen. Der Verein hätte also ganz gut einen weiteren Hort errichten können. Da dies aber nicht geschehen sei, habe man geglaubt, daß die Erhöhung des Beitrages nicht so notwendig sei.

Stv. Dr. Siding er bemerkt, die Fürsorge für die Mädchen sei ebenso notwendig als für die Knaben. Daß ein weiterer Mädchenhort nicht errichtet wurde, komme daher, daß die Damen bei ihrer großen Keuschheit gefürchtet hätten, daß sie bei der Errichtung eines weiteren Hortes Schulden machen müßten. Er könne aber hinzufügen, daß vor 8 Tagen der Vorstand beschloffen habe, selbst auf die Gefahr des Schuldenmachens den Hort zu errichten, weil es dringend geboten erscheine, in der Humboldtschule einen weiteren Hort zu errichten. Er möchte dringend bitten, den Antrag der Blokparteien anzunehmen, damit der Mädchenhort den Knabenhorten nachkomme. Wenn seine Fraktion dem sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung des Beitrages für die Ferienkolonien nicht zustimme, so gehe dies nicht, weil sie der Ferienkolonie weniger gut gesinnt wäre, sondern deswegen, weil für die kränklichen Kinder eine weitere Verpflegung in Aussicht habe durch Erstellung des Ferienheims und weil man der Ansicht sei, daß gerade in diesem Jahre die Fürsorge für die Mädchen eine ganz besonders dringende sei.

würden“ um sein neugeborenes Töchterchen herum sei. Sie freut sich hämisch, als es stirbt, und meint, es hätte sich vermuthlich nur so rasch wieder empfohlen, um sich einem „ordentlichen Ehepaar“ wiederbringen zu lassen. — Das Goethe-Christiane anständig behandelt, findet sie ebenso selbstsam, wie sie selbst wegen ihrer „anknüpfenden“ Gemeinschaft mit dem „Genius“ bebauert. Und sie findet die Erklärung nur darin, daß der Dichter entweder denke oder selbst etwas von einer Wägenatur an sich habe.

Diesem Gemüthsleben entspricht die geistige Anlage.

Sie sagt von sich selbst, sie habe eigentlich den „Schwärm des Publikums“, und findet die Kopenhagener Stücke durchaus nicht so „abel“. Sehr charakteristisch ist die Aeußerung über Goethes italienische Briefe: „alle diese Reisebeschreibungen haben mich empört, diese oder nicht.“ Mit „diesen“ sind Kopenhagener mit kleinen Anekdoten und Böden wohl gewürzte Episteln an sie gemeint! Charlotte von Stein nennt Emonds Mädchen eine Dürne! Die Römischen Elegien „an ihr nicht wohl“, sie findet Wielands darfsüchtige Pösterlichkeit mit der Moral (!) am Schluß weit schöner. An Schillers Handbuch tadelt sie den Vers: „Und er wirft ihr den Handschuh ins Gesicht“ als höchst „unschicklich“.

In „Hermann und Dorothea“ entdeckt sie „anakreontische Romane“, die Piccolomini gefallen ihr nicht, weil sie so ganz mit dem Verstand begriffen werden müßten. Sie ist überhaupt gegen die Tragödie mit ihren „poetischen Leiden“, davon habe man doch in der Wirklichkeit genug! In den ersten Leiden des „Wilhelm Meister“ ärgert sie sich über die Frauen mit „unirdlichem“ Vertragen und findet, daß alle edlen Figuren darin mit „Vorstellung“ seien. „Dred und Luard“ sind übrigens ihre Lieblingsmorte.

So sieht nach ihren eigenen Zeugnissen die Frau aus, der Jahre hindurch die reichte und reifste weibliche Quelle der Zeit los. Professor Eduard Engel hält Charlotte von Stein nicht für Goethes Geliebte und eben gerade deshalb findet er die Erklärung für das bestemmende Räthel seiner Zuweisung zu ihr in

Stv. Eltinger wünscht, daß das Personal der Volkstüche keine Polizeidienste leiste. Man sollte eine männliche Aufsichtsperson anstellen.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, der Mädchenhort sollte dieses Jahr erst einmal den Hort errichten. Im nächsten Jahre könne man wieder miteinander sprechen. Wegen der Ferienkolonien sei ihm vom Vorstand selber erklärt worden, daß sie eigentlich für die Verbeibaltung unter den heutigen Verhältnissen keine geeignete Verwendung hätten. Es solle namentlich dem Verein außerordentlich schwer, geeignete Unterkunftsorte für die Kinder zu finden. Sie müßten vielfach in Wirtschaften untergebracht werden. Der Verein gebe sich die größte Mühe, neue Unterkunftsorte zu finden. Das Ferienheim werde deshalb sehr begrüßt. Herr Stadtrat Maenau habe sich einverstanden erklärt, daß ein wesentlicher Teil des städtischen Zuschusses dazu verwendet wird, die Kinder im Ferienheim unterzubringen. Für dieses Jahr sollte man den Antrag zurückziehen.

Stv. Dr. Siding er bemerkt, es sei begreiflich, daß die Damen vom Mädchenhort das Grundstockkapital nicht angreifen wollen. Der städtische Zuschuß sei im vorigen Jahre durch die Aufbesserung der Honorare für die Fortleiterinnen sehr in Anspruch genommen worden. Eine Aufbesserung war dringend notwendig. Der Zuschuß wäre tatsächlich verwendet worden für Zwecke des Hortes.

Stv. Vötiger bemerkt, mit Rücksicht auf die Erklärung des Oberbürgermeisters habe seine Fraktion keine Veranlassung auf dem Antrag stehen zu bleiben. Er ziehe ihn deshalb zurück.

In der darauffolgenden Abstimmung über die Resolution der Blokparteien zum Mädchenhort wird die Resolution mit Majorität angenommen.

Als der Vorsitzende zur nächsten Position übergeben will, erhebt sich Stv. König zu energischem Protest. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß man bestrebt sein müsse, mit der Beratung fertig zu werden. Man sollte deshalb noch etwas beisammen bleiben. Stv. König beharrt aber darauf, daß über seinen Vertagungsantrag abgestimmt wird. In der darauffolgenden Abstimmung ergibt sich auch wirklich eine Mehrheit für diesen Antrag, worauf der Vorsitzende um ein Viertel 9 Uhr die Versammlung auf Samstag nachmittags 3 Uhr vertagt.

Zur Budgetberatung im Bürgerausschuß.

Am gestrigen vierten Tage der Budgetberatung folgte zunächst die Fortsetzung der Ausgabe-Positionen für die Volk- und Bürgerschulen. Das Interesse, welches man unserem Schulwesen und allem, was damit zusammenhängt, in der Bürgerschaft entgegenbringt, kam auch in den gestrigen Verhandlungen des Bürgerausschusses zum Ausdruck. — Sehr dankenswerth war die Anregung der Errichtung von Schulgärten. Ob es sich allerdings empfiehlt, zur Anlegung solcher Gärten die Schulhöfe zu verwenden, erscheint uns fraglich. Die Schulhaushöfe dienen als Tummelplatz für die Schüler in den Pausen und die Bewegungsfreiheit der Kinder würde durch die Umwandlung dieser Höfe in Gärten sehr eingeengt werden. Man würde daher einen sehr schlechten Tausch machen. Auch befinden sich die Schulhäuser fast ausschließlich inmitten hochragender Häuserquartiere, so daß die Schulhöfe infolge ungenügenden Zugangs von Luft und Sonne eine spärliche Vegetation aufweisen würden. Man möge die Schulgärten draußen vor der Stadt anlegen, wo auch die Gewähr für ein fruchtbares Wachstum gegeben ist. Vielleicht bilden diese Schulgärten dann den Anfang zu dem späteren botanischen Garten, der uns in Mannheim fehlt und mit der Zunahme der Bevölkerung eine immer dringendere Notwendigkeit wird. Wir sind der Auffassung, daß gerade der Mangel eines botanischen Gartens die Ursache bildet, daß in weiten Schichten der Mannheimer Bevölkerung der Sinn für die Natur, die Freude an hübschen Gartenanlagen usw. noch nicht in dem wünschenswerten Maße entwickelt ist. Kann es etwas Schöneres geben als wie die botanischen Gärten in den größeren deutschen Städten wie Hannover, Hamburg usw., wo in den Besonderen von früher Jugend auf die Liebe zur Pflanzenwelt gewahrt und großgezogen wird. Herr Stv. König zollte der Tätigkeit des Herrn Stadtschulrat Dr. Siding er in warmen Worten hohes Lob und gab damit wohl den Empfindungen nicht nur des ganzen Bürgerausschusses sondern auch der Bürgerschaft Ausdruck.

In weiteren Verlauf der Schuldebatte wurde die hantelwärtige Anregung der Einführung einer Schul-Zahn-

ärztlichen Wächters. „Unbefriedigte Lust weilt nie im Busen des Mannes.“ Die nie erfüllte Sehnsucht trieb den Dichter immer wieder zu neuen Höhen. Es ist klar, daß auch sonst ihre Person eine unwiderstehlichen Reiz auf ihn ausübte. Ein Augenaufschlag, eine Drehung des Körpers, der Klang ihrer Stimme mochten es sein. Kurzum das überall mächtige, rücksichtslos anziehende oder abstoßende Geheimnis, das zwischen Mann und Weib von Anfang an wirkt. Goethe ist ihm unterlegen wie Meliäre, wie Shakespeare, aber er selbst wird deshalb nicht kleiner. Seine Briefe an Charlotte von Stein wird man jetzt mit neuen Gefühlen lesen, der Nahrung für so viel selbstlose Liebe und der Bewunderung für des Dichters schonenlose Phantasie, die aus dem Nichts sich eine Göttin schuf. („Berl. Tagbl.“)

Groß. Hoftheater, (Schieflern.) Sonntag, 21. März, vor-mittags 11½ Uhr: XI. Ration: Heine. Mitwirkende: Dr. Wolff, Ulrich, Schreiner, Gb. Nicolay, Köndel (B): „Der Freischütz.“ Ray: Ruhmann, Kammern: Belling. — Montag, 22. (aufg. 10): Gastspiel Joseph König: „Die Räuber.“ — Dienstag, 23. (aufg. 10): Gastspiel Joseph König: Neu einstudiert: „Richard III.“ (A: Reiter.) — Mittwoch, 24. (A): „Die Gönner.“ — Donnerstag, 25. Kollt-Vorstellung: „Derbar von Sevilla.“ Figaro: van Gortem als Gast. — Freitag, 26. (B): „Comte Guleri.“ (A: Reiter.) Reuho: Eduard als Gast. — Samstag, 27. (D): „Rigoletto.“ Rigoletto: Böhling. — Sonntag, 28. (C): „Carmen.“ Josef: Vogelstrom. Escamillo: Böhling. Junjo: Gent. Nicolay: Belling.

Neues Theater, (Schieflern.) Sonntag, 21. März: „Gang der Pope.“ — Freitag, 26.: „Der Kaiserkönig.“ (A: Reuho: Gb. Nicolay, Köndel.) — Sonntag, 28.: „Gang der Pope.“

Theater-Kass. Die Inspektoren teilen mit: Zu den Reingehaltigen auf schriftliche Bestellungen aus Mannheim und Ludwigshafen reservierte Karten sind spätestens bis heute Nachmittags 5 Uhr zu erheben. Bis dahin nicht erhobene Karten können morgen im allgemeinen Verkauf zur Verfügung. Die Ausgabe der

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Legende von Charlotte von Stein.

Wie ein „Gebild aus Himmelsblau“, mit allen Vorzügen des Körpers und des Geistes begabt, stand zwei Menschenalter hindurch Charlotte von Stein neben ihrem Dichter. Auch heute noch schmücken viele die Frauen, der ein Unsterblicher seine lieblichsten Jungmannsjahre geschenkt hat, mit neuen Kränzen der Verehrung. Vollends auf unseren Schulen ist sie noch wie vor die „Madonna“, wie sie der Geliebte selbst in schwärmerischer Anbetung geschaut und genannt hat, — die begeisterte Schöpferin des Tasso und der Apollonie, eine Idealgestalt, deren Fuß den Boden nicht mehr berührt.

Eine selbstsame Scheu hat die Kundigen immer wieder zurückgehalten, an dies Bild zu rühren, das in die heitric Empfindungen des Volkes schon so ganz eingewachsen war. Und es ist wohl doch nicht so ganz Sentimentalität, wenn man ein Gefühl des Schmerzes nicht unterdrücken kann, sobald einer die Scheu von sich wirft und mit erbarmungsloser Hand, gleichsam mit dem Hammer, die schöne Marmorform zertrümmert. Professor Dr. Eduard Engel war ein solcher Illusionzerstörer, als er kürzlich im Museum für Völkerkunde über „Die Legende von Charlotte von Stein“ sprach.

Eine kleine, immer am Staube lebende, allem Hohen, Geistigen, ja selbst dem Weibesempfinden unzugängliche Seele ließ er gegen ihr eigenes Scheinwesen Partei ergreifen. Diese Frau, der Goethe in fünfzehnhundert Briefen eine Wanderwelt aus seinem Herzblut auftrichtete, hat eine tiefe Verachtung gegen alle „Schöngeister“. Sie nennt sie „narrisches Volk“, spottet über sie hinter ihrem Rücken und hält es für Charlotte von Schiller besser, ihr Dichter stürbe, als daß sie länger in seiner „unnatürlichen Gesellschaft“ bliebe. Sie wird nicht müde zu klatschen, zu lägen und zu verleumben, nachdem sie die Reizung Goethes verstanden hat. Sie verhöhnt seine Vaterliebe, die wie ein „Dre-

Minil gegeben, ein Schwank, der eine möglichst baldige Verwirklichung verdient. Zwei weitere wichtige Punkte der Schuldebatte betreffen die Schulspeisung und die Lehrmittelfreiheit. Die Schulspeisung ist eine Ergänzung der schon seit Jahren hier bestehenden Abgabe von Frühstück an unbemittelte Schüler und darf als ein weiterer erfreulicher Fortschritt in der sozialen Fürsorge für die ärmeren Klassen begrüßt werden. Ob man nun für diesen Zweck erstmals 5000 M., wie der Stadtrat vorschlug, oder 10 000 M., wie die Sozialdemokraten oder 15 000 M., wie die Sozialdemokraten wünschen, bewilligen soll, ist eine untergeordnete Frage. Prinzipiell erklärte sich der Bürgerausschuß einmütig und freudig für die Einführung der Schulspeisung und kann man nur hoffen, daß hier bald, sei es durch Wohltätigkeitsakte, sei es durch öffentliche Mittel genügend Gelder bereitstehen, um allen armen Kindern die Möglichkeit zu geben, sich satt zu essen. Wir unsererseits möchten gerade die für soziale Fürsorge bestimmten Posten möglichst hoch in den Etat eingeseht wissen, da hier eine Sparsamkeit sowohl vom menschlichen wie vom allgemeinen Standpunkte aus eine verkehrte und ungerechte Maßregel wäre. Wir wissen, daß manche Kreise sich mit dem Gedanken der Schulspeisung aus öffentlichen Mitteln noch nicht befreunden können, jedoch werden zweifellos auch diese Leute bald einsehen, daß es sich hier um eine humanitäre Einrichtung von der höchsten Bedeutung handelt, der gegenüber Einwände, wie die Schulspeisung könnte das Pflichtgefühl mancher Väter gegenüber ihren Kindern untergraben oder schmälern, nicht in die Waagschale fallen dürfen. In das gleiche Gebiet gehört die Lehrmittelfreiheit, gegen die in früheren Jahren starke Opposition herrschte, welche aber immer mehr und mehr zusammengekrumpft ist. Heute ist sich der Bürgerausschuß ziemlich einig darüber, daß wir allmählich zur gänzlichen Lehrmittelfreiheit kommen müssen und es handelt sich nur darum, diese soziale Maßnahme unter möglichster Schonung der berechtigten Ansprüche der seitherigen Verkäufer der Lehrmittel und Vermeidung aller unnötigen Härten durchzuführen.

Noch ein wichtiger Punkt sei aus der Schuldebatte hervorgehoben: die Hoffnung auf baldiges Eingehen der Bürgerschule, die von einem demokratischen Stadtoberordneten geäußert wurde. Bemerkenswert ist aber, daß die schärfste Waffe für die Bekämpfung der Wiederabstufung der Bürgerschule auch ein demokratischer Redner lieferte, indem er seine Freude darüber ausdrückte, daß die Bürgerschule das Gute gehabt habe, daß die Privatschulen noch und nach verschunden seien. Soviel wir uns der Debatte bei der feinerzeitigen Einführung der Bürgerschule erinnern, war gerade damals das Bestreben, der Befestigung der Privatschulen, die manche Mißstände gezeigt hatten, das stärkste Moment, welches für die Errichtung der Bürgerschule ins Feld geführt wurde. Es steht wohl außer allem Zweifel, daß das Wiederaufleben der Privatschulen der Abschaffung der Bürgerschule auf dem Fuße folgen würde, sobald man vom Regen in die Traufe läme.

Die von einem Stadtoberordneten vorgebrachten Klagen über die Art der Vergütung der Bücherlieferung führte zu einer kleinen Handwerker- und Mittelstandskasse. Von sozialdemokratischer Seite erhob man im Anschluß an diese Klagen Beschwerde über das Auftreten von Interessentengruppen im neugewählten Bürgerausschuß, worauf entgegnet wurde, daß die sozialdemokratische Fraktion doch nur Vertreterin einer Interessentengruppe ist. Die Sozialdemokraten erhoben Widerspruch, aber wohl zu unrecht. Was heißt überhaupt Interessen der Allgemeinheit? Es ist ein abstrakter Begriff. Die Interessen der Allgemeinheit sehen sich aus den Interessen einzelner Teile dieser Allgemeinheit zusammen: heute die Arbeiter, morgen die Handwerker und Industriellen, übermorgen die Beamten. Es muß eben nur ein gerechter Ausgleich gefunden werden und die Verwirklichung der Forderungen des einen Teils der Allgemeinheit darf nur in dem Rahmen erfolgen, der ohne zu starke Benachteiligung der Interessen der übrigen Teile möglich ist. Reibungslos werden nie zu vermeiden sein, aber wir sind überzeugt, daß auch der neue Bürgerausschuß leicht die richtige, allen Teilen der Bevölkerung und damit also der Allgemeinheit gerecht werdende Mittellinie finden wird.

Die Mittelschulen haben ebenfalls Anlaß zur Äußerung einer Anzahl Beschwerden und Wünsche, die jedoch nicht so tief einschneidender Natur waren als die Fragen prinzipieller Art, die in der Volksschuldebatte aufgetaucht wurden.

Kassen für Gelernteloge und Galerie zu beiden Rains-Vorstellungen beginnt Montag den 22. März, morgens 10 Uhr an der Gelerntelasse. — In der morgen stattfindenden Heine-Matinee werden Betty Wetzsch, Heinrich Götz und Karl Schreiner mit Ferner mit Georg Bieraghs Balladen von Schumann singen. Hermann Reichardt begleitet. — Schafspezeres „König Richard II.“ wird gelegentlich des Rains-Vorstellung von Emil Reiter neu inszeniert.

Im Neuen Operntheater gelangt heute die Erstaufführung der Operette „Die drei Wünsche“ von E. Kraus und A. Lindau, Musik von G. M. Richter, zur Aufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Verca Larva, Emma Stein, Hilke Pahl, Marie Seifrig-Benne und Toni Calliano. Von den Herren sind zu erwähnen: Alexander Fischer-Maria, Fritz Grüner, Einar Kadehki, Robert Rühl und Willi Schumann. — Da auch die Inszenierung dieser stoffen Operette viel Sorgfalt verwendet wurde, so ist zu erwähnen, daß dieselbe bei dem Mannheimer Publikum großen Beifall finden wird. Regie führt Herr Fischer und am Dirigentenplatz sitzt Herr Registrator Korolandi, der dem erst kürzlich in Leipzig die Coerette die Ueberschul, mit durchschlagendem Erfolg zur Aufführung gelangte — Sonntag nachmittag findet im Neuen Operntheater die Aufführung „Die Dollarprinzessin“ statt und Sonntag abend eine Wiederholung der Operette „Die drei Wünsche“.

Die deutsche Schafspezeresellschaft wird ihre diesjährige Generalversammlung am 21. April in Weimar abhalten. Der Vorstand des Mannheimer Hoftheaters, Dagemann, hat wie uns unser Berliner Bureau meldet, den Festvortrag übernommen.

oc. Oberheimlicher Geologentag. Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Vom 14. bis 16. April findet dortier der Oberheimliche Geologentag statt.

Rundschau-Berein „Pfalzau“ (Berein für angewandte Kunst und künstlerische Kultur). Herr Dr. Karl Wolff, der diesen Sonntag die Heine-Matinee im Großen Hoftheater leitete, wird am Tage darnach, Sonntag, den 22. ds. (abends 10 Uhr, Hoftheater) im Rundschau-Berein „Pfalzau“ über „Die Kunst des jungen Schiller“ sprechen. Herr Dr. Wolff hielt diese Woche schon in Karlsruhe zwei Vorträge mit

Bei der Beratung der Ausgobe-Positionen für das Armen- und Krankenwesen entspann sich eine Debatte über die Wahl des Platzes für das neue Krankenhaus, wobei der neue Krankenhausdirektor, Herr Dr. Volkhard, die gegen die projektierte Erstellung des Krankenhauses in dem Friedhofspark erhobenen Bedenken zu zerstreuen suchte. Es bleibe dahingestellt, ob die Befestigung dieser Bedenken Herrn Dr. Volkhard völlig gelungen ist; wir unsererseits sind der Auffassung, daß die Wahl gerade dieses Platzes keine glückliche genannt werden kann. Es wird doch wohl kaum beruhigend für die Kranken und ihrer Gesundheit nicht förderlich sein, wenn sie täglich und stündlich den Friedhof unmittelbar vor sich sehen.

Viel diskutiert wurde dann noch über die Höhe des Verpflegungssatzes im Allgemeinen Krankenhaus, den der Stadtrat von 2,50 M. auf 2,80 M. pro Tag erhöhen wollte, eine Maßregel, die jedoch nicht die Zustimmung des Bürgerausschusses fand. Dagegen wurde der von einigen Stadtoberordneten gestellte Antrag, den Krankenverpflegungssatz für auswärtige Kranke v. 4 auf 3 M. herabzusetzen, unserer Meinung nach mit Recht abgelehnt. Es ist ein Unbehagen, auf der einen Seite die ständigen Klagen über die Ueberfüllung des Krankenhauses, auf der anderen Seite die künstliche Verhinderung des auswärtigen Zugangs der Kranken durch Herabsetzung der Gebühren.

Zum Schluß wurde der Antrag auf Erhöhung des Beitrags für den Mädchenhort trotz des Widerspruchs des Herrn Oberbürgermeister von der Mehrheit des Bürgerausschusses angenommen, dagegen der von sozialdemokratischer Seite gestellte Antrag auf Erhöhung des Zuschusses für die Ferienkolonien von dieser zurückgegriffen, nachdem Herr Oberbürgermeister Martin ausgeführt hatte, daß nach Äußerungen des Vorsitzenden des Vereins für Ferienkolonien der Verein für den erhöhten Beitrag keine Verwendung hat. Zugleich teilte der Oberbürgermeister Martin mit, daß das projektierte Schüler-Ferienheim energisch gefördert werden solle und der Stadtrat dann gerne erhöhte Mittel zur Verfügung stelle. Dann erfolgte die Vertagung der Beratungen auf Samstag.

Künftige Gestaltung des Lindenhofes.

Vor einigen Tagen haben wir unseren Lesern die Tatsache bekannt gegeben, daß die Weyl'sche Fabrik auf dem Lindenhof zum Zwecke der Umwandlung in Baugelände an ein hiesiges Konsortium verkauft worden ist. Wir stellten damals nähere Mitteilungen in Aussicht. Diese werden umso mehr interessieren, als Herr Oberbürgermeister Martin in seinen einleitenden Worten zur diesjährigen Budgetberatung die für die Entwicklung der Stadt so bedeutungsvolle Tatsache besonders hervorgehoben hat. Käuferin des Geländes ist die Mannheimer Grundstück-Gesellschaft, Bureau O 7 Nr. 2. Diese Gesellschaft hat in richtiger Erkenntnis des Umstandes, daß die Umbebauung des Lindenhofes zu Bauzwecken einem allseitigen Bedürfnis entspricht, schon vor Jahren einen großen Teil der dort an der Weyl'schen Fabrikgelände in Betracht kommenden Grundstücke bis hin zum Viehsee erworben. Sie ist in Folge dessen Eigentümerin eines nahezu völlig arrondierten Geländes von rund 300 000 Quadratmetern. An Stelle der Weyl'schen Fabrik, der man offensichtlich von Seiten der Stadt herantreten konnte, wird nun im Verlaufe einiger Jahre ein neues Wohnviertel treten, das dem Lindenhofstadteil zu großem Vorteil gereichen wird. Dieser Vorteil liegt nicht nur darin, daß die unangenehmen Einflüsse des Betriebes der Fabrik verschwinden, sondern er ist insbesondere in der Ausdehnungsmöglichkeit des ganzen Lindenhofgebietes in der Art, wie diese Ausdehnung geplant ist, zu suchen. Wie wir aus dem Munde des Herrn Oberbürgermeisters im Bürgerausschuß gehört haben, hat die Grundstücksgesellschaft in dem mit der Stadt bezüglich der Planung des Geländes abgeschlossenen Vertrag die weitgehendsten Verpflichtungen übernommen, so daß durch Schaffung vornehmer und großen Straßenzüge, ausgebeuteter freier Plätze und breiter Alleen ein Wohngebiet entstehen wird, das allen Ansprüchen des modernen Städtebaues entspricht. Es kann daher schon jetzt gesagt werden, daß das hier zu schaffende Wohngebiet zu einem der schönsten und vornehmsten der ganzen Stadt ausgestaltet werden wird. Auch der längst gehegte Wunsch des Lindenhofes, einen Marktplatz zu erhalten, wird erfüllt werden und es soll zum ersten Mal in unserer Stadt versucht werden, einen sogenannten Innenplatz, d. h. einen innerhalb eines Aulerkloßes gelegenen, zu Spiel- und Erholungszwecken

vielen Erfolg, und nicht weniger gute Aufnahme dürfte hier sein und gewissermaßen Vortrag finden, der ein um besonders interessantes Thema handelt. Was Kallera ist aus der im gestrigen Blatt veröffentlichten Annonce zu erfahren.

Dr. Steiniger's „Mittelgeschichtlicher Atlas“. Von dem bekannten Verfasser der „Mittelgeschichtlichen Stoffproben“, Dagegen der Russischschichte am Freiburger Konservatorium, erschien im Verlage G. Kallera daselbst ein „Mittelgeschichtlicher Atlas“, der Gelegenheit geben soll, Sach und Stil unserer alten Tonmeister kennen zu lernen. Daß die dritte Klasse unserer Volksschulen in mittelgeschichtlichen Dingen gegenüber anderen Disziplinen, beispielsweise der Literaturgeschichte, eine auffallende Unkenntnis besitzt, ist eine nicht zu leugnende Tatsache und wohl daraus zu erklären, daß die Lehrpläne unserer Schulen, höherer und niederer, das in kultureller Hinsicht äußerst wichtige Fach immer noch zu sehr mittelaltlich behandeln. Ist daher das Steiniger'sche Buch schon aus dem Grunde zu begrüßen, als es auf einem so sehr ziemlich brachliegenden Felde Auffklärung und Belehrung schaffen will, so bietet es in geschmackvoller Ausstattung eine reiche Fülle von Proben aus allen Perioden der Musikgeschichte, vom Niederländer a capella-Stil an bis in die nachklassische Zeit und erstreckt dabei als Nachschlagewerk für den Musikschaffenden von ganz besonderem Interesse. Sämtliche Stücke sind Uebersetzungen des Verfassers für Klavier. (Preis 4 M.)

Die Umschau, eine von uns schon wiederholt empfohlene populär-wissenschaftliche Zeitschrift (Herausgeber Dr. J. D. Behold-Frankfurt a. M.) bringt in ihrer neuesten Nummer (Nr. 12) einen sehr instruktiven Aufsatz von Prof. Klatzsch, der vor kurzem im Kaufmännischen Verein sprach, über den „neuen menschlichen Koffisund von Corze“. Der Aufsatz bringt gleichzeitig treffliche Illustrationen. Weiter wird in dieser Nummer „die Fäbrifikation von Rubin und Saphir“ in Wort und Bild erläutert. Ueber „Ländliche Hygiene“ schreibt Geh. Medizinalrat und Regierungsrat Dr. C. Roth; während von Stadtrat Dr. D. H. L. ein Aufsatz über „Nitralin, eine desinfizierende Antiseptische“ veröffentlicht wird. „Die amerikanischen Schred- oder Ohnmachtsgelagen“, Tiere von abnorm gesteigerter Empfindlichkeit gegen die verschiedensten Sinnesreize beherrscht Universitätsrat Dr. A. Dörlitz. Schließlich liegt in dieser Nummer

dienenden Platz zu erhalten. Schließlich erhält durch die gegenwärtige Ausschließung des Waldparkes die herrliche Lage des Lindenhof-Stadteiles erst jetzt ihre volle Bedeutung. Alle diese Tatsachen haben schon jetzt in unseren Unternehmungskreisen das lebhafteste Interesse erregt. Es ist dies nur zu begrüßen und lebhaft zu begrüßen, umso mehr, als die Unternehmungskreise, um die es sich handelt, zu den kapitalstärksten und selbstbesten der Stadt gehören. Wir dürfen deshalb mit Bestimmtheit erwarten, daß die auf dem neuen Gelände zu errichtenden Gebäude dem vornehmen und gesunden Charakter des Terrains entsprechen werden. Den Beamten der Weyl'schen Fabrik wird das neue Wohngebiet wohl einen besonderen Anreiz zur Ansiedelung bieten, aber auch die Arbeiter dieser Fabrik werden gesunde und angenehme Wohngebäude in dem neuen Bauquartier finden, da hierauf bei Verteilung der Baublöcke in der Nähe der Weyl'schen Fabrik besonders Rücksicht genommen wurde, ohne daß dadurch der vornehme Charakter des Wohngebietes am Rhein und Waldpark beeinträchtigt wird. Jedenfalls kann unsere Stadt mit der Fortentwicklung des Lindenhofes, wie sie hier geplant ist, nur zufrieden sein.

* Ernannt wurde Professor Franz Köhler an der Oberrealschule in Mannheim unter Befreiung des Titels Professor wieder zum Handelschulinspektor in Karlsruhe.

* Das Fest der silbernen Hochzeit begehen heute Friedrich Klinge und Frau Katharina geb. Kautz.

* Deutsche Industrie — deutsche Kultur. Der Schöningh'sche Verlag in Berlin, welcher die Zeitschrift „Deutsche Industrie — deutsche Kultur“ herausgibt, — eine Sammlung von Monographien größerer industrieller und Handelsunternehmungen, hat neuerdings ein größeres über 100 Einzelunternehmungen umfassendes Werk „Der Stadt Hamburg“ veröffentlicht und der Bibliothek der Mannheimer Handelskammer gestiftet. Für die hiesigen Interessenten dürfte von großem Interesse sein, davon Kenntnis zu nehmen, da vielleicht auch für das Großherzogtum Baden eine detaillierte Publikation angelehnt erscheinen könnte.

* Mannheimer Altertumsverein. Wir machen hiermit nochmals auf den heute Nachmittag 2 Uhr 17 stattfindenden Ausflug nach Heidelberg zur Besichtigung der dortigen Kunsth- und Altertumsammlung aufmerksam. Herr Professor Dr. Rud. Sillig, der Konserktor dieser Sammlungen, hat sich zur Führung durch dieselben freundlichst bereit erklärt. Die Mitglieder sind mit ihren Damen zu diesem Ausflug herzlich eingeladen.

* Militärlinzer im Rosengarten. Morgen, Sonntag, abend 7 Uhr im Rosengarten unsere treffliche Orchesterkapelle unter Leitung des Herrn Obermusikleiters Ballmer. Solist des Abends ist Herr Konzertmeister Sommer, der das Mendelssohn'sche Violinkonzert zum Vortrag bringen wird. Herr Sommer wird dabei ein von privater Seite zur Verfügung gestelltes, höchst wertvolles Violin-Instrument (Guarneri) benutzen.

* Entschädigung des Reichsgerichts. Der 69. Band der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen ist erschienen und kann ebenso wie die früheren Bände in der Bibliothek der Handelskammer eingesehen werden.

* Wahlfahrtslotterie. Ziehung 18.—20. März 1900. (2. Ziehungstag.) R. 75 000 setzen auf Nr. 108 555, R. 40 000 auf Nr. 335 897. Mitgeteilt durch das Lotteriegeschäft Witzig Herberger, E. 3, 17.

* Saalbau-Theater Mannheim. Morgen Sonntag finden in dem beliebten Entschäftungstheater 2 Vorstellungen statt und zwar nachmittags 4 Uhr zu besonderer ermäßigter Preisen und abends 8 Uhr zu gewöhnlichen Preisen. In beiden Vorstellungen tritt das gesamte derzeitige Ensemble auf, u. a. das „Held-Quartett“ und die 3 Kamrats, die Könige der Luft.

* Kinderhilfsfest. Die eigenartige Auffassung des Bezirksfests „Kinderhilfsfest“ führte gestern mittag zu einem bedauerlichen Unfall. Für den gestrigen Kinderhilfsfest in Mannheim waren gestern in den Straßenbahnhöfen Plakate mit der Aufschrift „Kinderhilfsfest“ ausgehängt. In der Prinzregentenstraße in Ludwigshafen stieg mit noch zwei gleichalterigen Kindern ein 11 Jahre alter Junge an, in der Meinung — der Kinderhilfsfest gewähre den Kindern freie Fahrt auf der Elektrischen. Als ihm seine irrthümliche Auffassung durch den Schaffner klar gemacht wurde, sprang er noch während der Fahrt ab und brach den linken Vorderarm. Man brachte den Verunglückten in die elterliche Wohnung in Ludwigshafen.

* Feuerlo. Das Los entschied. Ort der Handlung: Groß-Pollzeidirektion; 18./3. vorm. 11 Uhr. Auf Feuerlo fiel der Treffer und darf er dieses Jahr, Sonntag und Montag den 5. und 6. September, auf dem hiesigen Komplatz seine Herbstpartie abhalten. Die große Karnevalsgesellschaft Redaktorwahl kommt mit ihrem Straßfest erst 1910 an die Reihe und so wird weiter abgewartet. Von 1909 ab dürfen bekanntlich in der Hauptstadt des Vaterlandes die beiden Karnevalsgesellschaften Redaktorwahl und Feuerlo nur abwechselungsweise alle zwei Jahre ihre zwei-

nach ein „Kameruner Reisebrief von Prof. Dr. M. Büsgen vor. Kleine Mitteilungen, Bücherreferate, Personalien, eine Zeitschriftenliste, eine wissenschaftliche und technische Wochenschau vervollständigen den Inhalt der Nummer in ungemein reicher Weise. Ein Abonnement auf diese Zeitschrift kann nur immer wieder empfohlen werden.

Eine Byron-Feyer in Griechenland. In Griechenland schied man sich an, die hundertste Wiederkehr des Jahres, in dem Lord Byron zum ersten Mal den klassischen Boden der Antike betrat, durch eine Erinnerungsfeyer festlich zu begehen. Die erste literarische Gesellschaft Athens, der „Parnassos“, wird eine Kommission bilden, die aus Byron's Werken alle zu Griechenland in Beziehung stehenden Gedichte auswählt und ein Preisauschreiben für die Uebersetzung der Dichtungen ins moderne Griechisch erlassen soll. In einer Versammlung, die von der „Monde Helionique“ zu Ehren Byron's veranstaltet wurde, hielt der Leiter des Parnassos im Auswärtigen Ministerium Tsalamanos, einer der hervorragendsten Literaten des Griechenlands, einen Vortrag über Byron und sein Verhältnis zu Griechenland. Die Rede wurde im Saal der Parnassos-Gesellschaft gehalten und von einem großen Publikum mit Interesse aufgenommen. Tsalamanos erörterte zunächst die Einzelheiten von Lord Byron's erstem Besuch und sprach von dem großen Einfluß, den die hier gewonnenen Eindrücke auf seine Dichtung gehabt haben. Dann beschäftigte er sich mit Byron's zweitem Aufenthalt in Griechenland und trat der Ansicht entgegen, daß der Dichter bei der Teilnahme an dem griechischen Freiheitskampf nur eine neue Sensation und ein Ende seines lebensmüden Verwirrungs gesucht habe. Vielmehr sei Byron von einer hohen Begeisterung für die griechische Sache erfüllt gewesen. Nach einer schwingvollen Schilderung von Byron's Tod, schloß der Redner mit den Worten: „Lord Byron's Name ist zu einem griechischen Namen geworden, gleich denen der ruhmreichsten unserer nationalen Helden. Unsere Dankbarkeit macht ihn zu einem der Unseren. Unsere Liebe machte ihn noch einmal unsterblich.“

Wegen Volksfestlichkeiten abhalten — so bestimmt's ein Gr. Ministerium. Des einzigen Antichambriers einmal milde, gab unser Vorband das Nennen auf; was alle Jahre im kleinsten Gemeinwesen gemein — Schwelgen und Volksthe — in der Großstadt Mannheim, wo alle Kreise hauptsächlich die sogenannten Festpartien des Festivals, abgehalten im September auf den schönen Remiseplätzen, in Nähe und Ordnung besuchen, ist das jetzt ausgeschlossen, weil auch dieses Jahr beide Gesellschaften zwei Tage für ihre getrennt abzuhaltenden Festlichkeiten beanspruchten. Und feste werden doch jährlich von Mannheim besucht, das sieht man seit Einführung des Ludwigsbader Volksfestes, da über eine Ab- oder Einpervertung gegen unsern „Vater Rhein“ noch nichts verlautet. (Aus der Festivallzeit.)

Ein blutiges Melotte spielte sich heute nacht zwischen zwei früheren Freunden in der Redarstadt ab. Auf dem Nachhausewege geriet der 31 Jahre alte verheiratete Herr Brown u. Hoberi beschäftigte Bohrer Wg. Strebel, wohnhaft 13. Querstraße 14, mit einem im Elektrizitätswerk beschäftigten Arbeiter namens Baumann in Streit. Strebel schlug hierbei seinem Gegner mehrere Male auf Kopf. Baumann zog hierauf ein in einem Heft steckendes Messer hervor und schlug nach seinem Gezehr. Hierbei soll nach Aussage des Baumann die Scheide von dem Messer gefallen sein und das Messer drang Strebel tief in die Herzgegend ein. Strebel ist schwer verletzt. Nach der Aussage Baumanns will also Baumann nicht die Absicht gehabt haben, seinen Gegner zu verletzen. Er ist verhaftet.

Jugendl. Ausreißer. Ein unternehmungslustiges Bürklein ist der 10 Jahre alte Werklagschüler Konrad Schmidt, Stiefsohn des Zementierers Adolf Wagner von Kaiserslautern. Er löste sich gestern vermittels in Kaiserslautern eine Bahnsteigkarte und fuhr damit ohne angehalten zu werden, nach Neubadt. Hier gelangte er ungelesen durch die Sperre und verbuchte sich 30 Bg. durch Gepäcktragen für einen Fremden. Mit diesen 30 Bg. fuhr er nach Ludwigsbader Hofen, kam dann natürlich mittellos hier an und wurde von der Polizei aufgegriffen. „Per Schub“ wird er seinen Eltern wieder zugeführt werden.

Polizeibericht.

vom 20. März 1908.

Tätlicher Unglücksfall. Das im gestrigen Polizeibericht erwähnte jährliche Mädchen eines in der Gärtnersstraße No. 20 wohnenden Tagelöhners, welches am 18. ds. Mts. infolge schwerer Brandwunden in das Allgem. Krankenhaus verbracht werden mußte, ist daselbst gestern abend seinen schweren Verletzungen erlegen.

Totschlagsversuch. Im Treppenhause Althornstraße No. 37 feuerte gestern abend 7 1/2 Uhr eine eifersüchtige Kellnerin aus Ettlingen einen scharfen Revolver schuß auf ihren Geliebten, einen ledigen Kaufmann von hier, welcher ein Revolverbros mit einem andern Mädchen verabredet hatte, ab, ohne ihn zu treffen. Sie wurde deshalb verhaftet, wobei sie bemerkte: „Ein ander mal treffe ich ihn sicher!“

Körperverletzungen. Nach vorausgegangenem Wortstreit verkehrte gestern abend kurz vor 10 Uhr ein in der Dreisstraße wohnender verheirateter Schollstafelwärter einem ebendort wohnenden verheirateten Bohrer einen Dolchstoß in die Brust (Herzgegend). Der lebensgefährlich Verletzte mußte im Sanitätswagen in das Allgem. Krankenhaus überführt werden.

In der Wirtschaft „Prinz Friedrich“ in Köferial brachte in der Nacht vom 18. bis 19. ds. Mts. ein lediger Tagelöhner von dort einem in der Friedrichstraße 14 in Köferial wohnenden Schmied 6 Messerstücke in den Kopf, Arme, Schulter und linke Hand bei. Der Verletzte wurde im Krankenhaus versorgt und nach seiner Besserung verbracht. Der Täter widersetzte sich mit Unterstützung seines Bruders gegen seine Festnahme; es mußte deshalb die vorläufige Verhaftung beider erfolgen.

Weitere Körperverletzungen wurden verübt auf den Planken vor der Börse, vor dem Hause Schwelgersstraße Nr. 109, im Hause Schwelgersstraße Nr. 109 und in Redaran.

Unfälle. Beim Spielen im Hofe der Lindenhoffstraße fiel ein 14 Jahre alter Volksschüler einem Mischhüter über den Kopf und brach dabei den linken Arm. Der Knabe wurde in das Krankenhaus verbracht. Ein 28 Jahre alter Kungierergoß sich bei der Defuzzung eines Heizschlusses auf dem Hauptbahnhof hier erhebliche Verletzungen dadurch zu, daß ihn der aufströmende Dampf direkt auf den Kopf traf.

Gerichtszeitung.

Ein internationaler Heiratschwindler. (Schluß.)

Einige Wochen nach seinem Weggang von Baden wurde über sein Verbleiben der Konturs eröffnet. Drei Jahre blieb nun der Angeklagte in Nordamerika. Er hatte sich einem Goldgräberunternehmen in Alaska angeschlossen und von diesem eine Ration erworben. Das Goldgraben erweist sich ziemlich einträglich, jedoch der Angeklagte mit dieser Art der Beschäftigung keine schmerzhaften Erfahrungen machte. Er konnte jedoch die finanziellen Verhältnisse in dem nördlichen Alaska auf die Dauer nicht ertragen und verlor deshalb seinen Anteil für 5000 Dollars. Er machte sich weiter nach dem Süden und ließ sich in Kansas nieder, wo er ein Handelsgeschäft eröffnete, in welchem hauptsächlich Artikel für die nach dem Norden ziehenden Goldgräber feilgehalten wurden. Dieses Geschäft ging sehr gut und Ruber verdiente mit ihm viel Geld. Er hätte es gewiss zu etwas gebracht, wenn er sich nicht auf Spekulation eingelassen hätte, durch die er ziemlich erhebliche Verluste erlitt. Der Rückgang in seinen Verhältnissen bewachte ihn im Jahre 1903, nach Europa zurückzukehren. Inzwischen hatte sich seine Frau von ihm scheiden lassen.

In Deutschland angekommen, suchte er zunächst wieder das Sanatorium „Weißer Hirsch“ bei Dresden auf. Dort verweilte er vom 20. Februar bis Mitte September 1903. Während seines Aufenthaltes in dem genannten Sanatorium wurde Ruber mit zwei Damen bekannt, die ihren Wohnsitz in Paris hatten und gleich ihm das Sanatorium zur Kräftigung ihrer Gesundheit aufsuchten. Diese Damen waren eine junge Russin, Fräulein Gallonoff, die Tochter eines verstorbenen hohen russischen Staatsbeamten, und die geschiedene Frau Schmidt-Eckert aus Wien. Diesen beiden Damen gegenüber stellte sich Ruber als reicher amerikanischer Plantagenbesitzer vor. Er zeigte sich ihnen von seiner lebenswichtigen Seite und erwarb sich ihnen als Gastgeber in Goldwägenreisen hauptsächlich bezüglich der ertagreichen Anlage von Bergwerken. In beiden Damen erwarb er den Eindruck, daß er beachtliche, ja zu betrachten. Er ging dabei

sehr diplomatisch zu Werke, so daß jede der Damen der Meinung war, daß sie die Auserkorene des hochhabenden Plantagenbesizers sei. Anfangs Oktober begab sich Fräulein Gallonoff nach Paris. Ruber begleitete sie und in der Seinestadt wurde die Verlobung vollzogen, der bald die Heirat in Amerika folgen sollte. Zuerst mußte aber Fräulein Gallonoff ihr 82000 Francs betragendes Vermögen bei der Bank erheben. Auch auf diesem Gange begleitete sie Ruber und er war galant genug, das bei der Bank in Empfang genommene Geld sofort sicher in seiner Brusttasche zu verwahren. Mit Fräulein Gallonoff begab er sich von dem Bankhause aus in ein Café. Sie wollten sich dort kurze Zeit aufhalten, um dann in ihr Hotel zurückzukehren. Im Café verließ Ruber für einige Zeit seine Begleiterin, wobei er Gut und Ueberzieher im Lokal zurückließ. Fräulein Gallonoff wartete auf die Rückkehr ihres Bräutigams, der sich aber nicht mehr sehen ließ. Er war mit ihrem Vermögen verschwunden.

Mit den 82000 Francs in der Tasche reiste Ruber nach Bad Nauheim, wohin sich inzwischen Frau Schmidt-Eckert begeben hatte. Dort setzte nun auch dieser Dame gegenüber Ruber sein verheerendes Treiben in ganz gleicher Weise, wie er es gegenüber dem Fräulein Gallonoff angewendet hatte, fort. Mit dieser Frau suchte er deren Vermögen in Wien auf und dort wurde das bei einem Bankhause angelegte Vermögen dieser Frau in Höhe von 116000 Kronen erhoben. Auch hier nahm der Eifersüchtige Ruber das Geld in eigene Verwahrung. Von Wien aus ging die Reise des Bräutigams nach London, wo sich daselbst am 19. Oktober nach Amerika einschiffen sollte. Daraus wurde aber nichts, denn Ruber war, um angeblich eine Besorgung zu machen, aus dem Hotel weggegangen und nicht mehr zurückgekehrt. Mit ihm ging auch das Vermögen der Frau Schmidt. Es gelang dem Angeklagten, mit diesen reichen Geldmitteln der beiden Damen Amerika zu erreichen. Er hielt sich nun wieder mehrere Jahre in den Vereinigten Staaten Nordamerikas auf und lebte im Jahre 1906, nachdem er von neuem durch Spekulationen schwere Verluste erlitten hatte, nach Deutschland zurück.

Er tauchte sich jetzt nach München, wo er mit einem Fräulein Seffler bekannt wurde, dem er in ganz gleicher Weise, wie in den vorangegangenen Fällen, ein Vermögen von 84000 M. abschwindelte. Diesmal gelang es ihm nicht, mit dem erbeuteten Gelde Europa zu verlassen. Er wurde in der Schweiz verhaftet und ausgeliefert und erhielt wegen des an Fräulein Seffler verübten Betrugs, die übrigens glücklicherweise wieder den größten Teil ihres Geldes zurückbekam, von der Strafkammer Frankfurt 3 Jahre Gefängnis. Unter Einrechnung dieser Strafe verurteilte die Karlsruher Strafkammer den in vollem Umfang geschnittenen Angeklagten zu einer

Gesamtstrafe von 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Die seit 3. Juli v. J. verübte Straflosigkeit kam daran in Wegzug.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Der Generalzustand der Pariser Völkbeamten.

Paris, 19. März. Depuatiensammler. Nachdem die Diskussion bis gegen Mitternacht fortgesetzt worden war, nahm die Kammer mit 268 gegen 21 Stimmen eine Tagesordnung an, die besagt, die Kammer beschließt, einen Streik von Beamten nicht anzulassen; sie spricht der Regierung das Vertrauen aus, daß sie Ordnung und Ruhe im Kopf, Telegraphen- und Telephondienste wiederherstellen werde, billigt ihre Erklärungen und geht zur Tagesordnung über.

Die Krise auf dem Balkan.

Acin europäischer Krieg.

Mannheim, 19. März. In Berliner diplomatischen Kreisen gilt die Gefahr, daß aus dem österreichisch-serbischen Konflikt ein Krieg zwischen den Großmächten herauswachsen könne, für beseitigt. Die russische Regierung soll in den letzten Tagen in verschiedenen Hauptstädten Versicherungen gegeben haben, daß Rußland, auch wenn es zum Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien komme, seinerseits nicht an ein militärisches Eingreifen denke. Auf diesen Versicherungen beruht die oben erwähnte Ansicht der Diplomaten. In Berlin hat man überhaupt während der ganzen Krise nicht recht an den Ausbruch eines europäischen Krieges glauben wollen. Der maßgebende Gesichtspunkt für die deutsche Politik war, daß die unerwünschte Verbindung Oesterreich-Ungarns mit Deutschland das wirksamste Mittel sei, den Ausbruch eines europäischen Krieges zu verhindern, wie wir gestern sagten. „Die letzten Tage haben gezeigt, daß die deutsche Politik, indem sie fest und energisch zu Oesterreich-Ungarn hielt, nicht nur dem deutschen Prestige, sondern auch der Sache des Friedens einen besseren Dienst erwiesen hat, als wenn sie die von Rußland gewünschte Konferenz bei Oesterreich-Ungarn angeregt hätte.“ Daneben hat Deutschland sich bemüht, gute Beziehungen zur französischen Regierung zu unterhalten. Rußland hat sich nun endlich entschieden auch zu verständigen Einlenken entschlossen. Iswolski beginnt Iswolski zu deabonieren. Die Mächte erheben gegenseitig Vorstellungen in Serbien, doch verlautet von irgend einem greifbaren Ergebnis oder Erfolg zur Stunde noch nichts. Eine Volksseele, die in eine derartige Siedehitze geraten war, ist schwer abzukühlen. Man ist hier und da geneigt, die friedlichen Aeußerungen des Minister Milowanowitsch zu den Vertretern einiger Großmächte aus dem Grunde nicht allzu hoch anzuschlagen, weil seine Stellung für erschlüßert gilt.

Es besteht also nach wie vor die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien, und man kann zur Stunde sagen, daß es der seufzende und ernsteste Wille aller Kabinette ist, diesen unvermeidlichen Krieg auf seinen Herd zu beschränken. Aber wir wollen nicht vergessen, daß im Verlaufe eines Krieges ganz unberechenbare politische und diplomatische Umschüßfälle eintreten können, neue Ansichten der Kabinette von Intervention und Vermittlung sich bilden können, die im Zusammenprall mit anderen Anschauungen zerstreutes Gemisch wieder sammeln können. Man wird die Lage auf folgende Formel bringen können: bis über die Schwelle des österreichisch-serbischen Krieges scheint die Gefahr eines europäischen Krieges beseitigt; wie sich bis zum Ende des Krieges die diplomatische Situation gestalten wird, darüber läßt sich nicht einmal eine Vermutung ausprechen. Der wünschenswerteste Ausgang wäre, wie wir schon gestern sagten, daß über dem in seine Schranken verwiesenen Serbien die Mächte auf einer Konferenz die mit dem 5. Oktober 1908 geschlossenen Abänderungen des Berliner Vertrags zur Kenntnis nähmen und bestätigten.

Ueber das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Serbien teilt die „Frankf. Ztg.“ mit:

Serbien hat vorgestern bei den Mächten, mit Ausnahme Oesterreich-Ungarns, in gleichlautenden Mitteilungen seine Auffassung der Lage dargelegt und diese Darlegung läßt weder nach der Form, noch nach dem Inhalt auf eine nahe Verständigung mit Oesterreich-Ungarn schließen. Die serbische Regierung erklärt darin, sie habe gehört, daß ihre letzte Antwortnote in Wien nicht befriedigt habe, weil in ihr eine Erörterung der bosnischen Frage mit Oesterreich (sic) abgelehnt worden ist. Die serbische Mitteilung kritisiert dann erwiegenmaßen schon im voraus die zu erwartende neue österreichisch-ungarische Note und erklärt, daß auch, wenn Oesterreich-Ungarn ein Ultimatum stellen sollte, Serbien nicht abrücken werde. Nur wenn die Mächte kollektiv ein solches Verlangen stellen, werde Serbien ihm nachkommen und im Falle eines österreichisch-ungarischen Ultimatus werde es sich an die Mächte wenden. Schließlich wird in einer für ein diplomatisches Aktensstück etwas ungewöhnlicher und pathetischer Sprache versichert, daß, wenn Serbien von Oesterreich-Ungarn angegriffen werden sollte, es für seine nationale Existenz zu kämpfen wissen werde. Durch die ganze Mitteilung zieht sich der Gedanke, daß Serbien mit Oesterreich-Ungarn nicht verhandeln werde.

Wacht der Friede erhalten?

Wien, 19. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte Finanzminister Dr. Ritter von Bilinski gegenüber dem Gerüchte, daß der Staat für den Fall eines Krieges die Einlagen in den Sparfassen einfach mit Beschlag belegen und sie für die Kosten des Krieges verwenden werde: So unerhört ein derartiges Gerücht ist, so befinden wir uns dormalen in dem Zustande eines gefährlichen Rums auf die Sparkassen verschiedener Länder Oesterreichs. Ich will die Frage des Krieges hier durchaus nicht besprechen. Es ist, wie ich glaube, die begründete Hoffnung vorhanden, daß es zu einem Kriege nicht kommen wird und wir wollen hoffen, daß der Friede erhalten bleiben wird. Wg. Dr. Benhosch betonte die unbedingte Notwendigkeit der Heeresergänzung aus staatlischen, wirtschaftlichen u. dynastischen Rücksichten. Er sprach die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aus. Die ganze Welt leude die Friedensliebe Oesterreichs; kein Staat habe jemals mehr Friedensliebe und mehr Geduld bekundet, als Oesterreich (Lebhafter Beifall). Redner dankte Deutschland für die bewiesene Bundesstreue. In der Annerionsfrage stehe das Recht unzweifelhaft auf Seiten Oesterreichs.

Die europäische Intervention.

Paris, 19. März. Der „Temps“ sagt bei der Untersuchung der Frage einer europäischen Intervention, England, Frankreich und Rußland müßten von Oesterreich-Ungarn nicht als persönlichen Dien, sondern im Interesse des Friedens verlangen, daß es die Abwendung der für Serbien bestimmten Antwort aufschiede. Es ist nötig, daß dieselben Mächte, welche im Einvernehmen in Belgrad vorgehen, von Serbien erreichen, daß es die Erklärung, zu der man es auffordert, unverzüglich abgebe. Der „Temps“ schließt, dieser doppelte Schritt kann fruchtbringend sein. Wünschen wir, daß er als möglich angesehen wird.

Paris, 19. März. Die „Agence Havas“ erzählt aus Rom: Entsprechend einer Mitteilung Oesterreich-Ungarns an die Mächte nimmt England Kenntnis von dem Protokoll mit dem Vorbehalt betreffend die eventuellen Entschärfungen der Konferenz über die Fragen, welche ein vorläufiges Uebereinkommen nötig machen. Rußland hat die Notwendigkeit des Zutrittes einer Konferenz betont, sowie den Wunsch, mit Oesterreich-Ungarn und den andern Mächten bezüglich ihres Zusammentritts sich zu verständigen. Italien ist der Ansicht, daß die Frage der Konferenz nunmehr reif sei; es hat ein Programm vorgezeichnet.

Wien, 20. März. Bis gestern abend konnte nicht gesagt werden, die Kriegesgefahr habe abgenommen. Die Beratungen der Kabinette führten bisher zu keinem Erfolge. Es heißt, Oesterreich-Ungarn könne eine längere Beschleppung aus Gründen seiner Machtstellung unmöglich zugeben.

Saloniki, 20. März. (Wien. Corr.-Burr.) Von der türkischen Regierung ist die Erlaubnis eingetroffen, auch den Rest der Munition und der Geschosse von der Ladung des Dampfers „Crimee“, des Dynamits von der Ladung des Dampfers „Orbis“ nach Serbien zu befördern. Die Erlaubnis für die mit dem Dampfer „Clarene“ erwarteten Requirierungsgegenstände sowie für weitere Gegenstände wurde telegraphisch erteilt.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserer Berliner Bureau.)

Die Straßendemonstration beim Einzug König Eduards in Berlin. Berlin, 20. März. Das Urteil im Prozeß gegen die Teilnehmer der Straßendemonstration beim Einzuge König Eduards wurde gestern abend in väter Nachtstunde gefällt. Das Gericht sprach den Angeklagten Schirp frei und verurteilte Friedrichmann zu 9 Wochen Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft, Baecker und Schelle zu je 4 Wochen Haft. Der beantragten Haftentlassung Liebemanns wurde vom Gericht entsprochen.

Die Verzugsabgabe.

Berlin, 20. März. Gestern hat der Bund der deutschen Bodenteformer eine große Versammlung veranstaltet, in der A. Wagner, der Oberbürgermeister von Posen, Willms und Herr Pöhlmann-Hohenhausen als Redner auftraten. Das Thema ihrer Vorträge lautete: Die Verzugsabgabe als Reichsteuer. Zu diesem Sinne wurde auch eine Resolution angenommen.

Geschäftliches.

Frühling!

im Hause S. Bronker u. Cie. Mannheim. Eine hübsch apart und geschmackvoller gearbeiteten in Tamen- und Rinder-Konfektion, sowie Paus- und Rodwaren eröffnet den Reigen der Frühjahrs- und Sommermoden 1908. In durchaus überhöhter Weise führt uns die Firma S. Bronker u. Cie. durch herrliche Schaufenster-Decorationen ein ebenso anmutiges als instruktives Bild der Mode vor. Ueberaus reichhaltig ist die Auswahl in neuen Farben und schiden Formen. Für elegante Toiletten dominieren die Farben Veilchen oder Honig, Vio, Melba, Vangrün, Traube oder Erdbeer. Nach dieser Richtung hin zeigt uns die Firma in jedem der Schaufenster eine der angeführten Modelfarben, worin wir die herrlichsten Prügelfelder für Konzert, Theater und Gesellschaft, elegante Promenadenkleider, Taub- und Almono-Mantel, anare: Seidenjupons, entzückende Seiden- und Tüllblusen im antecicilianen Geschmack finden; dazu passend erbliden wir Hüte in vollendetem Geschmack. All diese Prügeln- und Empire-Kleidchen, die den gleichartigen Valeriet tragen, erhalten durch die weichen Koschmiede und zarten Granit-Stoffe und ihre prunkvollen Schmuck-Verzierungen auf den Vließeröden und zarten Füßchen die Mode zu einer der anmutigsten, die unferre Zeit befehrt worden ist. Kostüme behaupten in dieser Saison den ersten Rang und werden darin sehr frische und aparte Sachen gebracht.

Volkswirtschaft.

Zum Dividendenmarkt. Wie die „Fest. St.“ berichtet, wird der Aufsichtsrat der Württembergischen Transportversicherungsgesellschaft...

Kreuznacher Volksbank e. G. Die Verluste der Volksbank, welche durch den Konkurs der Firma Rothbach in Kreuznach...

Telegraphische Börsenberichte.

Effekten.

2* Brüssel, 19 März. (Schlusskurse).

Table with 2 columns: Kurs vom 18. 19. and 2 columns: Kurs vom 18. 19. listing various securities like 4% Preussische Anleihe 1889.

New-York, 19. März.

Table with 4 columns: Kurs vom 18. 19. and 2 columns: Kurs vom 18. 19. listing various stocks like Gold auf 24 Stb., Missouri Pacific, etc.

Waldraffe, 19. März. Wechsel auf London 11 1/2.

Produkten.

New-York, 19. März.

Table with 4 columns: Kurs vom 18. 19. and 2 columns: Kurs vom 18. 19. listing various commodities like Baumwolle, Weizen, etc.

Getreide in Tausenden von Tonnen. — Mehl in Tausenden von Sack à 280 Pfund.

New-York, Freitag, 19. März. Pacific-Küste, Californische und Oregon-Berichtungen.

Table with 2 columns: Diese Woche Vor. Woche listing wheat and flour shipments.

Wöchentliches Export von den atlantischen Häfen

Table with 4 columns: Diese Woche, Vorige Woche, Diese Woche, Vorige Woche listing exports to Great Britain, France, etc.

Chicago, 19. März. Nachm. 5 Uhr.

Table with 4 columns: Kurs vom 18. 19. and 2 columns: Kurs vom 18. 19. listing Chicago market prices for wheat, corn, etc.

Aberpool, 19. März. (Getreide Schiff.)

Table with 2 columns: Kurs vom 18. 19. listing shipping rates for wheat and flour.

Eisen und Metalle.

London, 19. März. (Schluss.) Kupfer, russ., per Kasse 55.63 3 Monate 56.26. Zinn russ., per Kasse 129.26 3 Monate 130.12.6. Blei russ., spanisch 13.50, englisch 13.10.0. Zink stetig, Werra. Marken 21.5.0. Spezial Marken 22.0.0.

Table with 2 columns: Kurs vom 18. 19. listing metal prices like Kupfer, Zinn, etc.

Wasserstandsberichte im Monat März.

Table with 6 columns: Vegetationszeit, Datum, 15. 16. 17. 18. 19. 20. Bemerkungen listing water levels at various stations.

* Windstill, Heiter, +1° C.

* Unwetter am 21. und 22. März. Für Samstag und Sonntag ist unbeständiges, aber vorwiegend trockenes und tags über frühlingsmäßiges Wetter zu erwarten.

Verantwortlich:

Für Kunst und Feuilleton: Georg Christmann; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schönefelder; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Zosa.

Knorr's Hahn-Maccaroni

übertreffen alle deutschen und fremden Fabrikate durch saubere Herstellung und appetitliches Trockenverfahren...

Jedes Paket enthält 1 Gutschein für Knorr-Sos.



Warenhaus KANDER Verkaufsstelle: T. H. Neckerstr. 11, Karlsruhe.

Zur Einsegnung Konfirmations- u. Kommunion-Kleider in solider vornehmer Machart 36.50 Mk. 24.75 Mk. 19.50 Mk. 16.50 Mk.

Konfirmanten-Unterröcke aus la. Laster oder Moiré Stück 2.95 M. Konfirmanten-Hemden Vorder- od. Achselschluss St. 1.65, 0.95 M. Konfirmanten-Beinkleider mit Stückerel oder Bogen Stück 88 Pf.

Konfirmanten-Knaben-Stiefel Rindbox-Schnürstiefel Paar 4.95 M. Konfirmanten-Mädchen-Stiefel echt Chevreaux Paar 6.25 M.

Unsere Abteilung Bijouterie enthält eine enorme Auswahl Geschenk-Artikel für Konfirmanten u. z. Kollern, Armbänder, Ketten, Ringe, Broschen, Anhänger, Portemonnaies, Handtaschen, Uhren etc.

Bunte Ausstellung!

Ausgelegt sind

Modestoffe

von

grosser Farbenschönheit

zu kolossal niederen Preisen;

Reste u. Gelegenheitskäufe unter Preis.

Im Verkaufslokal:

Grosser Posten reinwollener

Toilestoffe

zu Kleidern, Blusen u. s. w. Doppelbreit, Illa, fraise, reseda, gold, blau grau u. s. w. pr. Meter **1 50** Mk.

In Selde grosse Posten **Fabrik-Reste** eingetroffen sowie eine Menge anderer **Gelegenheits-Käufe** unter Preis. 6846

Ernst Kramp

D 3, 7 Spezialität: Reste. D 3, 7

Geschäfts-Empfehlung.

Einem werten Publikum, Freunden und Gönnern die Mitteilung, dass ich das von Herrn Joh. Carl Scheid geführte

Weinrestaurant

„Zur lustigen Witwe“, J 7, 21

übernommen habe. 6071

Um geneigt. Wohlwollen bittet

R. Wiedemann.

Tüchtiger Damenschneider

fürs Aenderungs-Atelier gesucht.

Kurt Lehmann, Damen-Konfektion

M 1, 1.

Trauerbriefe

bei schnellster Ausführung liefert billigst. Dr. S. Saas Buchdruckerei & M. b. S.

Liederhalle Mannheim (E. V.)

Todes-Anzeige.

Unsere verehr. Mitglieder die traurige Nachricht dass unser Gründungsmitglied

Herr Philipp Krug

uns durch den unerbittlichen Tod entrissen wurde. Wir betrauern in dem Dahingegangenen einen treuen Anhänger unseres Vereines dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Mannheim, den 20. März 1909. 6849

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. ds. Mts., nachm. 1/4 Uhr von der Leichenhalle aus statt, u. bitten wir unsere Mitglieder um recht zahlreiche Beteiligung.

Todes-Anzeige.

Heute vormittag verschied nach kurzem, schwerem Leiden unsere liebe Tochter und Schwester

Maria

im Alter von nahezu 11 Jahren.

im Namen der trauernden Hinterbliebenen August Greiner und Frau.

Mannheim, 19. März 1909.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Zum Umzuge

empfehle ich in besser Qualität zu billigen Preisen

auf Kredit

1 Bettstelle
1 Matraze
1 Deckbett
1 Tisch
3 Stühle
1 Regulator

Anzahlung je **3** Mk.

Zimmer-Einrichtung

1 Bettstelle
1 Matraze
1 Deckbett
2 Kissen
1 Kleiderschrank
1 Tisch

2 Stühle
1 Spiegel

Anzahlung **12** Mk.

Komplette Küchen-Einrichtung

1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Einrichte
1 Wasserbank
1 Geschirrrahmen
2 Hocker

Farbe grau, grün, blau oder gelb

Anzahlung **8** Mk.

Kredit auch nach Auswärts
Grösste Coulanz
Sirengste Diskretion
Freundliche Bedienung
Wagen ohne Firma
Grösste Auswahl
Billigste Preise
Beste Qualität

Knaben- und Herren-Anzüge
Serie I Anzahlung 1 Mk.
Serie II Anzahlung 2 Mk.

Für Damen:
Blusen, Röcke, Coiffures, Mäntel, Paletots
Anzahlung von 3 Mk. an

Julius Jttmann

H 1, 8 Mannheim H 1, 8

Grösstes und beliebtestes Kredithaus.

0 7, 12
3 Zimmer-Wohnung
zu Bureau geeignet, zu vermieten. 3008
Gg. Böttlein sen.
Bureau: Wehstr. 4.

T 2, 16 3 Zimmer und
Küche zu verm.
Häbered 1 Treppe. 5882

Bahnhofplatz 7
3 Tr. 5 Zim. m. Balk. Küche
u. Bad. p. 1. April an ruh.
Deute a. um. Preis 1000 Mk.
Nab. Bureau part. od. 2 Tr.
5798

Collinstr. 24. Ode.
Schöne 4 und 3 Zimmerwoh-
nung mit Bad u. Mansarde
etc. p. 1. April zu verm. 5884
Nab. U 6, 30. Baden.

Geiselheimerstr. 31. 2. St.
3 Zimmer u. Bad. sof.
zu verm. Nab. Nab. 5813

Grabenstr. 11 2 Zim. mit
Küche u. Wasser-
loset zu vermieten. 6032

3. Querstr. 5.
2. Stod. 3 Zimmer u. Küche
auf den Marktplatz abg. per
1. April zu verm. 5741

Möbl. Zimmer

Q 5, 5 3. Stod. ein schön
möbl. Zimmer an
1 oder 2 Herrn mit od. ohne
Pen. a. um. Nab. Wirtschaft.
5809

Q 7, 6 3. Stod. rechts, schön
möbl. Zimmer auf
1. April zu verm. 5801

Q 7, 24 3. Tr. Möbl. Zim-
mer m. 1 od. 2 Bett. a. v.
5832

S 2, 1 3. Stod. rechts, ein
möbl. Schlafzimmer
zu vermieten. 5759

S 3, 6 3. Tr., gut möbl. Zim-
mer. Gng. zu verm. 5743

T 5, 11 2 Tr. r. möbliert.
Zimmer mit sep.
Eingang an sol. Herrn per
1. April zu verm. 6042

T 5, 24 3. Tr. grob. möbl.
möbl. Zim. sofort
billig zu verm. 5177

T 6, 27 ein gut möbl. Zim.
an solid. Herrn p.
1. März zu vermieten. 5833

U 3, 10 4. St. Schön möbl.
Zimmer m. freier
Ausicht zu vermieten. 5609

U 4, 10 2. Stod. ein fein
möbl. Wohn- und
Schlafzimmer per 1. April in
guten Hause zu verm. 5848

U 7, 20 parterre links,
schön möbl. Zim.
zu vermieten. 5872

U 8, 18 3. Tr. 16. hü. möbl.
Zim. sof. bill. a. v.
5857

Wagartenstr. 11 part. möbl.
Zimmer zu verm. 5720

Wagartenstr. 29 part. rechts.
Gut möbl. Zim. a. Herrn
od. Fr. a. v. (Schmidt) 5985

**Wagartenstr. 46. 4. Zim-
mer, Badezimmer u. Küche
zu vermieten. 5698**

**Wismarstr. 1. 10. 9. Ein
fein möbl. Wohn- u. Schlaf-
z. m. Balk. zu verm. Zu erfrag.
Wismarstr. 7, 1 Tr. 5476**

Bahnhofplatz 9 2 Tr. 1-2 Zim.
u. 1 Bad. 5710

Beilstr. 3, 3. St. gut möbl.
Zimmer zu verm. 5923

Beilstr. 14, 2 Tr. gut möbl.
Zimmer zu verm. 5510

Geisenring 20, 4. Stod. 16.
Schön möbl. Schlaf- u.
Wohnz. m. sep. Klost.
u. Schreibt. per sol. od. Fr.
zu vermieten. 5891

Garnstr. 3, gut möbliert.
Parteezim. per 1. April
zu verm. Nab. part. rechts. 5168

Lamstr. 15 part. gut möbl.
Zimmer per 1.
April zu vermieten. 5289

Langstr. 10, 2. St. 1. 2 Zim.
Zimmer sof. zu verm. 5799

Geisenring 7, 10, 2 Tr.
2 neu einger. Zimmer an
best. Herrn od. Fr. zu ver-
mieten sof. od. später. 5900

Max-Josefstr. 16 2 Zim., Küche
Kedarküche,
Wohnz. u. Schlafz. (Hr.
Boonens) m. Schloß, schön
möbl. bei ruhiger Familie zu
vermieten. 5687

Mittelstr. 13 3 Zimm., möbl.
zu vermieten. 5855

**Große Metzgerstr. 8 am
Bismarckpl., 3 Tr. links,**
gut möbl. Zimmer m. od. oh.
Penion zu verm. 5758

Meerfeldstr. 8, 2 Tr. 2. Obfl.
möbl. Zimmer 1. 2. 3. mit
Pafes zu vermieten. 5407

**Parteezim. 20, parterre, gut
möbl. Zimmer zu verm. 5848**

Reppelstr. 6, 2 Tr. rechts.
gut möbl. Zimmer an
ruh. Herrn per. April
zu vermieten. 5552

Tatzenstr. 5, Röhre Wohnz.
gut möbl. Zim. zu verm. 5173

**Tatzenstr. 7, 4. St., gut
möbl. Zimmer mit sep. Ein-
gange des Hauptbahnh. auf
1. April zu verm. 6046**

Weidenstr. 7, 2 Treppen.
Schön möbl. Zim. a. v.
6033

Ein schön möbl. Zimmer
an einen ruh. Herrn sof. zu
verm. Reppelstr. 25 pl. 5716

Was ist die beste Vorspeise?

August Schneider's Fleischpastetchen

per Stück **15** Pfg.

Billig. Preiswert. Schmackhaft.

Zu haben täglich von 11 Uhr ab bei

August Schneider

J 3a, 6.
Telephon 1720.

Photographisches Atelier

Franz Josef Hilgert

G 6, 2 neben dem Apollo-Theater G 6, 2

empfiehlt in hochkünstlerischer Ausführung 6072

12 Visitbilder von Mk. 1.80 an
Cabinetbilder v. Mk. 4.80 an
Postkarten von Mk. 1.50 an

Für Haltbarkeit übernehme
jede Garantie.
Konfirmanden erhalten
Preisermässigung.

!! Das Atelier ist Sonntags den ganzen Tag geöffnet !!

Filiale

zu übernehmen, gleich welcher
Stunde, am liebsten in der
Bäder- und Kurortgebiete.
E. erien an Johann Ditten-
berger, K 1, 7. 6070

Junge geprüfte Kinder-
ärztin sucht Stellung per
15. April oder 1. Mai.
Bef. Angeb. unt. E. H.
6045 an die Exped. ds. Bl.

Mietgesuche.

Möbl. Zim. auf 1. April gef. Off.
unt. Nr. 4068 an die Exped.

Zu vermieten.

G 7, 8, 5 Zim.-Wohnz. m.
Bureau u. v. Nab. 2. St. 6070

G 3, 8 3 große Zimmer und
Küche zu vermieten.
Häbered Baden. 4835

L 5, 5 b. 3. Stod links, 3
Zimmer nach der
Strasse gehend, Küche, Bad,
Mansarde, Speicher, Wald-
sche-Benüche, 3 Veranden,
elektrisches Licht, per 1. April
zu vermieten.
Ansuchen von 10-12 Uhr
vormittags u. 3-5 Uhr nach-
mittags 6033

Entlaufen

Wolfshund

Rübe mit lebernen Zughal-
band entlaufen. 5826
Abzugeben gegen gute Be-
lohnung. Collin. 9. Weich

Stellen finden

Blühiger Hansburche

10000 gesucht. Conditorei
Weinstra. Kaufmann. 5816

Stellen suchen.

Sucht Verkäuferin, Kurz-,
Woll- u. Modewarenbranche
sucht sofort oder später Stell-
ung. Off. unt. Nr. 6018 an
die Exped. ds. Bl.

Junger Zimmerpolier
verh. bew. in Hoch- u. Trepp-
penbau, durchaus selbst. ent-
scheid. mißverh. sucht Stellung.
Bef. Off. u. F. K. 6048 an
die Exped. ds. Bl.

Stellen finden

Junger Mädchen

über einwaches Mädchen, das
nähen und bügeln kann und
auch etwas Handarbeit über-
nimmt. 5812
Gute Referenzen erforderlich.
P. 2, 1, 3 Tr.

Junger Mädchen

für leichte schriftliche Arbeiten
gesucht. — Offerten unter
Nr. 5827 a. b. Exped. ds. Bl.

Stellen suchen.

Sucht Verkäuferin, Kurz-,
Woll- u. Modewarenbranche
sucht sofort oder später Stell-
ung. Off. unt. Nr. 6018 an
die Exped. ds. Bl.

Junger Mädchen
über einwaches Mädchen, das
nähen und bügeln kann und
auch etwas Handarbeit über-
nimmt. 5812
Gute Referenzen erforderlich.
P. 2, 1, 3 Tr.

Junger Mädchen
für leichte schriftliche Arbeiten
gesucht. — Offerten unter
Nr. 5827 a. b. Exped. ds. Bl.

Stenographischer Reichstagsbericht

des

Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

228. Sitzung, Freitag, 19. März.
Am Tische des Bundesrats: v. Einem, v. Ballet des Barres, v. Lohow, v. Dorrer.
Präsident Graf Stolberg
eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Der Militärstat. (Dierter Tag.)

Abg. Graf v. Cramm-Dieserwitz (Kons.):

Es ist sehr schwer und gefährlich, in Militärfragen Sachverständiger zu sein. Ich bin seit 25 Jahren Soldat, aber das schöne Selbstvertrauen in militärischen Dingen, wie Dr. Müller-Reininger, habe ich nicht. Zwischen adligen und bürgerlichen Offizieren wird kein Unterschied gemacht. (Lachen links.) Ich bin selbst Reserveoffizier und Graf, aber ich bin nicht so stolz, mir einzubilden, ich sei besser als meine bürgerlichen Kameraden. Wer etwas anderes sagt, versteht nichts von der Sache. (Lachen bei den Soz.) Ich bin darin kompetenter als Sie. Unsere ganze Rüstung ruht auf dem Frieden. Darum müssen wir bei Staatsverträgen sehr vorsichtig sein. Die Verhandlungen von Soldaten haben sich erheblich vermindert. Freilich kommt es noch vor, daß noch strengem Dienst abends der Unteroffizier mal die Kerzen verliert. Die Behauptungen, auf dem Kaiserhofe werde zu viel geschimpft, hört man nur noch selten. Die Sozialdemokraten sind ja sehr durch ihre Parteilage ein kräftigeres Wort gewöhnt. Zwischen Offizieren und Soldaten herrscht das beste Verhältnis. Das haben auch die Kämpfe in Afrika bewiesen. Die Kriegervereine sind ein Herz der Königstreue. In ihnen ist für die Sozialdemokraten kein Platz. Die zweijährige Dienstzeit nimmt die Kräfte der Offiziere so sehr in Anspruch, daß die Zahl der notwendigen Pensionierungen ins Ungemessene steigt. Der Redner schlägt mit der Bitte, auch die kleinen und mittleren Städte mit Garnisonen zu bedenken. (Beifall rechts.)

Abg. Koße (Soz.):

Wir leben in einer Zeit politischer Gewitter. Schwüle. Ein Unwetter hängt in der Luft. Da sollte man bei der Förderung politischer Gegensätze vorsichtiger sein. Der Kriegsminister hat aber den Augenblick für geeignet gehalten, die größte Partei des Reiches in unerhöhrter Weise zu reizen und zu verunglimpfen. (Sehr richtig bei den Soz.) Kämpfen und Herausforderungen sind wir noch nie aus dem Wege gegangen. Wir fürchten auch den großen General von Einem nicht. Er hat sich als wenig geschickter Strateg gezeigt. Wenn sich die Herren von der Regierung nicht zu helfen wissen, dann schwenken sie den roten Lappen. Herr von Einem ist jede erste Antwort schuldig geblieben. Einige Abgeordnete suchten ihn daher herauszureißen. Es mag ihm nicht ganz wohl dabei gewesen sein. Die einen schweigen in Kriegsberatern, ein anderer behauptet, daß in den Kämpfen zu wenig gekämpft wird. Wenn sich die bürgerlichen Parteien den Etat ansehen, so wird sie wohl ein leises Wanken antommen. Was haben sie sich da aufgepöppelt! Das wahnwitzige Weltstrahlen geht lustig weiter. Von Sparsamkeit ist keine Spur. Jedem Versuch, Schritte zu machen, trat der Kriegsminister in der Kommission mit aller Energie entgegen. Bei der Pensionierung der Mannschaften wird getauselt, den Offizieren aber drängt man die Pensionen auf. Der Kriegsminister hat nichts getan, um die Verhältnisse zu verbessern. Es ist alles beim Alten geblieben. Der Redner führt Beschwerde über die Besatzung von Gastwirten und über die Verweisung eines Fußballklubs vom Tempelhofer Felde, weil sich unter den Mitgliedern dieses Klubs ein Sozialdemokrat befand. Die politische Gesinnungsschnelligkeit hat sich zu einem schmachvollen Extrem herausgebildet. Politische Kitzelungen scheinen im Dienste des Kriegsministers zu stehen. Die Soldatenmiffhandlungen haben sich nicht vermindert. In ihnen ist zum Teil die mangelnde Aufmerksamkeit der jüngeren Offiziere schuld. Das ist auch in der „Täglichen Rundschau“ anerkannt worden. Vor dem Kriegsgericht in Dresden suchte der Verteidiger einen Soldatenführer mit dem Worte zu entschuldigen: Wer sein Kind lieb hat, der züchtigt es! Es ist lange her, daß der König von Sachsen seine Verachtung gegen die Soldatenführer erlassen hat. Jetzt trahlt den Soldatenpeinigern auch in Sachsen die königliche Gnadenhand. Es geht auch ohne Schmäuzen und Drangsalierungen. Aus einem Urteil des Oberkriegsgerichts in Hannover geht hervor, daß Bezirksfeldwebel sich schämen lassen, so daß zahlungsfähige Leute um Urhebungen herumkommen. Das Militärstrafrecht ist ganz verrotzt. In fünf Jahren sind mehr als 100 000 Soldaten verurteilt worden, der dritte Teil davon mit mindestens fünf Jahren Gefängnis. (Hört! Hört!) Bayern steht dabei prozentual am höchsten, Württemberg am niedrigsten. Es löst sich noch weiter Menschenleben, wenn das Strafrecht nicht endlich reformiert wird. Die Selbstmordziffer ist für das Heer außerordentlich groß. Abtliche Regimenter gibt es noch immer. Das hat das „Berliner Tageblatt“ bewiesen. Den Militärmusiker sieht man überall, in Tanzsälen und Kongerzarten, bloß nicht in der Kaserne. Der Abgeschlossenen des Offizierskorps muß endlich ein Ende gemacht werden. Der Drill muß aus dem Heere berauscht. Dann ist auch eine Verkürzung der Dienstzeit möglich. Es ist derfallsungswürdig, wenn Sozialdemokraten mindere Rechte im Heere haben. Gerade sie sind infolge ihrer Disziplin und Intelligenz die besten Soldaten. Der Rechtsanwält Dr. Brabant in Hamburg ist aus dem Heere ausgeschlossen worden, weil er zur Wahl eines Sozialdemokraten aufforderte. Was sagen Sie denn zum Fürsten Bisnarz, der den Sozialdemokraten Sobor zur Wahl empfahl? In bezug auf Ehrenhaftigkeit steht der Sozialdemokrat nicht um Hoheitsbreite hinter dem Kriegsminister. Der Kriegsminister hat geteilt angeblühte Kennerungen Webers auf dem Eiseren Parteilage gegen das Heer zitiert, die unwar sind. Ich finde keinen parlamentarischen Ausdruck, um dieses Verhalten des Kriegsministers zu charakterisieren.

Wahrschauer Generalmajor Freiherr v. Gebstätt:

Es ist mir zweifelhaft, ob ich hier darüber mich äußern kann, wobei es kommt, daß nach der Militärstrafrechtsreform in Bayern zum Teil weniger Freisprechungen und viel mehr Verurteilungen erfolgen, als bei den anderen Kontingenten. Es läßt sich nicht vermeiden, bei diesen Fällen auf innere Angelegenheiten der bayerischen Armee zu sprechen zu kommen, und über diese Aufklärung zu fordern, hat der bayerische Landtag das Recht, aber nicht der Deutsche Reichstag. (Widerpruch.) Wenn ich trotzdem darauf eingehe, so darf ich das, weil wir ein Reichsmilitärstrafgesetz haben und eine Militärstrafprozessordnung, und

weil die Militärstrafrechtsreform für sämtliche Kontingente zusammen aufgestellt ist. Die Voruntersuchungen werden vielleicht etwas genauer durchgeführt in Bayern; das Reichsmilitärgericht vermittelt und erhält die Gleichheit der Rechtsprechung bei sämtlichen Kontingenten aufrecht. Die Tatsache, daß mehr Verurteilungen und weniger Freisprechungen stattfinden, kann nicht bestritten werden, die Ursachen dafür kann aber kein Mensch angeben. Es könnte zwar ein Professor darüber Bücher schreiben, aber es man dann etwas klüger wäre, das weiß ich wirklich nicht. (Heiterkeit.) Die niedrige Freisprechungsziffer im bayerischen Kontingent erklärt sich zum Teil dadurch, daß wir weitaus die meisten Straftaten leichter Art haben. Vielleicht haben auch einzelne Gerichtsherrn das Bestreben, bei zweifelhaften Fällen das Verfahren einzustellen oder es disziplinar zu behandeln, während es andere Gerichtsherrn gerichtlich behandeln. Die disziplinar behandelten Fälle erscheinen nun in der Statistik nicht. Was die Verurteilung anlangt, so ist die bayerische Kriminalstatistik groß, die bürgerlichen Gerichtsfälle sind außerordentlich groß, in militärischen Gerichtsständen stehen wir aber günstig da, die Kriminalstatistik richtet sich ganz nach der Bevölkerung in den einzelnen Landesteilen je nachdem sie reich oder arm ist und je nach dem Temperament. Es läßt sich nicht bestreiten, daß wir Bayern Leidenschaften haben, sogar kriegerische Leidenschaften. (Heiterkeit.) Die jede Statistik bietet aber auch diese Kriminalstatistik kein genaues Bild, nenngleich ich die Statistik nicht zu den großen Hauptlügen zählen will. Man kann der Statistik nicht ganz trauen, weil eine Anzahl der häufigsten militärischen Vergehen, wie Trunkenheit und unerlaubte Entfernung, je nach dem Ermessen der Vorgesetzten disziplinar bestraft werden oder der gerichtlichen Verurteilung zugeführt werden. Außerdem entfällt in Bayern ein ganz erheblicher Prozentsatz dieser Strafen auf Vergehen, die vor dem Eintritt in das Heer begangen sind; das hängt eben mit der größeren Kriminalität in Bayern zusammen. Man kann also keine weitgehenden Schlüsse ziehen aus der Statistik, und kann nicht die einzelnen Kontingente unter einander vergleichen, so lange man nicht die Ursachen bis in die letzten Einzelheiten verfolgen kann.

Sächsischer Oberst Freiherr v. Solza und Pöhlmann:

Es ist hier auch der Fall Verthold zur Sprache gebracht worden, wonach der Unteroffizier begnadigt worden sei, der einen Mann seiner Korporalschaft solange habe laufen lassen, bis er gestorben sei. Der Unteroffizier hat beim Rückmarsch vom Schießstande Laufschritt machen lassen, am Ende dieses Laufschrittes ist der Schütze Bauer zusammengebrochen und am Gehirnschlag gestorben. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Laufschritt etwas länger ausgeführt worden ist, als zulässig war, die Section des Schützen hat aber gezeigt, daß der Mann schwer krank gewesen ist. Der Schütze war einer der kräftigsten Leute, war noch am Morgen frisch und gesund und hat sich vor seinem Eintritt in das Heer als Dauerläufer verschiedene Preise erworben. Das Gericht hat den Unteroffizier zwar verurteilen müssen, hat aber mit Rücksicht auf die besonderen Umstände die erkannte Strafe für zu hoch befunden und ein Gnadenersuchen eingereicht. Nach eingehender Prüfung der Akten ist das Gnadenersuchen von allen Instanzen unterstützt und die Gefängnisstrafe in Festung umgewandelt. Wegen die Verurteilung der Schützen ausgeführt und im Heere behandelt haben. In dem Ermittlungsverfahren eingeleitet, das noch nicht abgeschlossen ist.

Abg. Sagemann (Kons.):

Der Abg. Koße hat sich darüber gewundert, daß der Kriegsminister in der jetzigen gespannten Zeit es gewagt habe, einen so kräftigen Vorstoß gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen. Sollen wir zu den provokatorischen Reden der Herren Sozialdemokraten etwa ruhig sein? Daß die Soldaten für das Volk da sind, das haben die Verbürten unserer wackeren Pioniere in den Ueberseeschwimmungsgebieten gezeigt. (Beifall.) Dafür hätten auch die Sozialdemokraten „Danke schön“ sagen können. Aber was haben sie getan? Junge Wurzeln haben mit den Händen in den Hofentaschen dabei gestanden, als die Soldaten Heldentaten verrichteten. (Lachen bei den Soz.) Das sind die Leute, die in ihren (zu den Soz.) Versammlungen Hurra schreien! (Beifall rechts, Gelächter bei den Soz.) Das sind Ihre Erziehungsresultate! (Erneutes Gelächter bei den Soz.) Daß die Politik in die Kriegervereine getragen wird, wollen auch wir nicht. Aber die Kriegervereine sollen die Vaterlandsliebe pflegen und diese Vaterlandsliebe hat mit Freer (zu den Soz.) Stiehwaterlandsliebe nichts zu tun. Der Redner bringt zum Schluß Wünsche aus seinem Erfurter Wahlkreis vor.

Abg. Köpcke (Freis. Vp.):

Die ganze Schuldhaftigkeit kommt aus der Zeit der Zentrumsheerrschaft. Da sollte sich Herr Erzberger nicht so wichtig tun. Der Redner führt Klage über die Jurisdiction der Juden im Heere und fordert eine Verminderung der „Rustlöse“, da diese den Hilfsmitteln Konstruktions machen. Der Redner erörtert den Fall des Hamburger Rechtsanwalts Dr. Brabant, der gemahngelassen ist, obgleich er ein durchaus königstreuer Mann sei. Der Bürger erfüllt genau so seine Pflicht wie der Abt; wie darf man da das Bürgerium zurückgehen, indem man in den Adel „erhebt“? Ein Vaterland, ein Volk, ein Heer.

Preussischer Kriegsminister v. Einem:

Der Abg. Koße hat mir vorgeworfen, ich hätte in unerhöhrter Weise die Sozialdemokratie verunglimpft, weil ich in der Rede das Bedürfnis gespürt hätte, mir Luft zu machen. Das war recht schwach von Herrn Koße. Denn wie ich mich bei der sehr freundlichen Rede des Abg. Schrader, der nicht einmal Angriffe auf das Heer gemacht hatte, in der Altemo beunden haben soll, das weiß ich nicht und wohl niemand hier im Hause, abgesehen von Herrn Koße. Ich habe nicht unternommen, die Sozialdemokratie zu verunglimpfen und zu reizen. Ich habe auch gar nicht geglaubt, daß ich es durch diese Worte könnte, denn ich habe doch tatsächlich nur das gesagt, was die Sozialdemokratie in Presse und Wort heiss allgemein zum Ausdruck gebracht hat. Es soll nicht wahr sein, was ich über den Eid gesagt habe. Dann müssen also die Aussprüche nicht gefallen sein: nicht der Ausspruch von den moralischen Zwieschäden, nicht die Erklärung Goldsteins im „Sächsischen Volksblatt“, daß die politischen Eide Formeln seien, denen ohne Rückhalt genügt werden könne; über die Sozialdemokratie des konstitutionellen Staatswesens werde die Sozialdemokratie nicht stolzen (Hört! Hört!); nicht die Behauptung der „Elbinger Volkszeitung“, daß die Sozialdemokraten den von ihren parlamentarischen Vertretern verlangten Eiden keine Bedeutung beilegen, verheißt sich von selbst (Hört! Hört!); nicht die Erklärung Webers auf dem Völkervereinigungstag 1901: Wir leisten den Eid, wir betrachten ihn als leere Formel (Hört! Hört!); nicht die absurde Erklärung des „Sozialdemokraten“ 1887, daß der Bruch des Fahnenedes nicht verwerflich sei (Hört! Hört!);

„Recht der Soldat, der zum Fahnenede gezwungen ist, denselben“ so heißt es da, „so ist er nach natürlicher Auffassung kein Weineidiger.“ (Hört! Hört!) Wir zwingen keinen Soldaten zum Dienst, gewissermaßen als Sklaven; er leistet seine gesetzliche Pflicht, die ihm auferlegt ist, und auch in der Verfassung ist der Eid vorgesehen. Wenn er also den Eid nicht zu halten braucht nach Ihrer Ansicht, nun, habe ich da etwas Falsches gesagt? Durchaus nicht. Ich muß also dabei bleiben, daß Sie den Eid unter bestimmten Verhältnissen in politischer oder militärischer Hinsicht nicht glauben halten zu müssen. (Lärmender Widerspruch der Soz.)

Sie haben auf dem Parteitag eine Resolution angenommen, die ausdrücklich die Sozialdemokraten verpflichtet, dahin zu wirken, daß der jungen Mannschaft Abscheu vor dem Militarismus beigebracht werden soll. (Weber ruft erregt: Vor dem Militarismus!) Kommen Sie mir doch nicht mit solchen Dingen. (Großer Lärm d. d. Soz.) Regen Sie sich bloß nicht auf! Kommen Sie mir doch nicht mit dem schönen Wort „Militarismus“! Was ist denn für einen jungen Menschen der Militarismus? Er ist nichts weiter in meinen Augen als die Pflicht, seinen Dienst zu erfüllen. (Lärmender Widerspruch der Soz.) Weiter gar nichts. (Weber ruft: Ganz etwas anderes!) Ja, Sie sind die großen Führer (Große Heiterkeit), für Sie ist der Militarismus ganz etwas anderes. Aber für einen jungen Menschen, den Sie noch nicht gehörig bearbeitet, den Sie noch nicht tüchtig durchgesehen haben, ist er nichts anderes, als die Pflicht, die er gegen das Vaterland zu erfüllen hat, daß er einbezogen wird, daß er in der Kaserne leben, exerzieren, manövrieren muß, daß er ausgebildet wird, um das Vaterland zu verteidigen. Vor diesen Pflichten wollen Sie ihm Abscheu einflößen. Das besagt Ihre Resolution. (Lobh. Zustimmung, lärmender Widerspruch der Soz.)

Nun bin ich ja davon überzeugt, daß Sie sich auf einem höchst falschen Wege befinden. Sie wollen das Volk wehrfähig machen. Wie wollen Sie das denn machen? Sie flößen ihm ja Abscheu ein vor aller Autorität, vor aller Unterordnung, vor der Erfüllung jeder Pflicht. (Lärmender Widerspruch der Soz.) Wenn nun der große Zukunftskampf kommt (Lachen der Soz.), dann würden Sie nichts weiter tun können, um den Mann wehrhaft zu machen, als ihn einzuschüchtern, manövrieren und exerzieren zu lassen. (Gelächter der Soz.) Der Mann wird sich wahrscheinlich die Sache ganz anders gedacht haben. Ich hoffe, daß er dann dagegen demonstriert und Sie zum Teufel jagt. (Lärmender Beifall, großer Lärm der Soz.) Noch 1898 hat Weibel gesagt: Die Sozialdemokratie heißt heute noch nicht die Pöhllichkeit, die Bajonette in die Hand zu bekommen, darum muß sie danach trachten, jene zu gewinnen, die die Bajonette zu tragen haben. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Daher meine ich, müssen wir durchaus vorsichtig sein. Wir dürfen nicht der Sozialdemokratie Führer zuführen, also Offiziere, die sich ihr zugewendet haben, oder auch Unteroffiziere, die ihr anhängen, als solche befördern, um sie in die Lage zu versetzen, in dieser Stellung als Vorgesetzte mitzuwirken, daß die Bajonette endlich in die Hand der Sozialdemokratie kommen. (Lobhafte Zustimmung, Lachen der Soz.) Herr Weibel hat sein ganzes Leben lang doch tüchtig gearbeitet mit dem ausgeprochenen Zweck, den Staat umzugestalten und über den Haufen zu werfen. Ich glaube, wenn ich daran ansetzte, würde ich den Abg. Weibel geradezu beleidigen. (Heiterkeit.) Das ist das gewesen, was der Abg. Weibel als Lebenswandel gehabt hat. Er hat früher davon gesprochen, daß der große Madderabatsch bald kommen würde. (Heiterkeit rechts.) Er hat Prophezeiungen gemacht, es ist aber doch nicht so schnell gegangen wie bei Wilhelm Büsch. „Ach, die Venus ist perdit, Niedertrug, von Nebel!“ (Große Heiterkeit.) Der Staat hat bis jetzt ausgehalten, und er wird auch noch länger halten, selbst wenn es dem Abg. Weibel in seinen acht oder zehn Tagen eine tiefe Enttäuschung bereiten sollte. (Lobh. Beifall.)

Ich könnte Ihnen noch viele Aussprüche Ihrer Führer verlesen. Ich habe hier eine Verlesung der „jungen Garde“, in der eine geradezu empörende ausreißende Kapitulation für die Kruten getrieben wird. Die Sache ist tatsächlich sehr ernst. Es ist von Ihnen oft ausgesprochen worden, daß im Falle eines Krieges, der Ihnen nicht paßt, die Reservisten und Reserveveranlagt werden sollen, der Einberufung nicht Folge zu leisten, daß der Soldat sich weigern soll, in den Krieg zu ziehen. (Lärmender Widerspruch bei den Soz.) Weibel ruft: Wo steht das? (Einem Augenblick — (der Kriegsminister lächelt in seiner Madge) bei Kautsky! Den Herren kennen Sie doch (Große Heiterkeit), in einem Aufsatz „Antimilitarismus, Krieg und Sozialdemokratie“. Dort heißt es: „Es gibt keinen anderen Ausweg, als die Dienstverweigerung der Soldaten oder wenigstens der Reservisten.“ (Stimmliches Hört! Hört! rechts.) Weibel ruft: Weiter lesen! (Gewiß: In der Tat, das Mittel ist ein sehr einfaches, und wenn durchgeführt, ein unfehlbares. Würde seine Anwendung tatsächlich bewirken, einen Krieg unmöglich zu machen, so könnte man dagegen kaum etwas in dem Falle, und das sind 90 v. S. einmündigen. Es liegen keine ethischen Gründe vor, die vom Standpunkt des professionellen Patriotismus von vornherein dagegen sprechen.“ (Lobhaftes Hört! Hört! rechts.) Lärm bei den Soz.) Weibel ruft: Den ganzen Artikel verlesen! Stimmliches Widerpruch bei allen anderen Parteien. Abg. Franke, Mannheim (Soz.) ruft: Militärjesuit! Große Unruhe. Rufe rechts: Frechheit!

Präsident Graf Stolberg

ruft den Abg. Franke zur Ordnung.

Kriegsminister v. Einem:

Ich habe durch meine Worte durchaus nicht in unerhöhrter Weise die Sozialdemokratie verunglimpft, wenn das eine Verunglimpfung ist, so hat sie das selbst besorgt. (Sehr richtig!) Der Abg. Koße hat den Etat als außerordentlich unüberprüflich hingestellt, er ist doch aber wohl überprüflicher, als die Rede des Abg. Koße. (Heiterkeit rechts.) Es ging doch bei ihm sehr durcheinander. Es wurde alles mögliche vorgebracht, was im Heere vorkommt oder vorkommen kann oder vorkommen könnte. Herr Koße hat gesagt, daß bei Pensionierungen die Offiziere anders behandelt wurden, als die Unteroffiziere und Soldaten. Die Pensionierung erfolgt nach Weis und Recht, und die Pensionierungskommission hat in fast allen Fällen die an sie gerichteten Petitionen von Soldaten über fehlgeleitete Renten nicht zur Verhandlung im Plenum für geeignet erachtet. Es ist immer nachgewiesen, daß die Militärverwaltung durchaus nach Gesetz und Recht verfahren ist, es wird kein Unterschied gemacht zwischen Offizieren und Soldaten. Dann hat er einen Fall vorgebracht, der ein großes Aufsehen in der sozialdemokratischen Presse gemacht hat und zu geradezu wüsten Angriffen auf das Heer geführt hat. Es ist der Fall, wo ein Soldat bestraft ist, weil er den Gehorsam verweigert hat, einen Befehl nicht befolgt, mit der Hand nicht angefaßt. Jeder, der die Landwirtschaft kennt, wird wissen, daß es durchaus keine Schande ist, mit dem Mist in Be-

rührung zu kommen, daß es auch keine Schande ist für einen Kavalleristen. (Widerspruch bei den Sold.) Wer mit Pferden Bescheid weiß, der weiß, daß das mit trockenen Substanzen genährte Pferd, ich möchte beinahe sagen, sehr anständig mißt. (Große Heiterkeit.) Ich bin selbst als Kavallerist ausgebildet, bei meiner Kavallerie in der Welt ist es anders, als daß der Mann, um die Streifen zu halten, mit der Hand in das Stroh greift und den Mist herausstößt. (Sehr richtig! rechts.) So ist es nicht gemacht, und niemand hat darin etwas Veiheißendes gesehen. (Sehr richtig! rechts.) Was hat aus dieser Geschichte der „Vorwärts“ gemacht? Der „Vorwärts“ hat geschrieben, das sei das gleiche unerhörte Verbrechen, als das eines brutalen Unteroffiziers, wie es leider einmal vorgekommen ist, der einen unglücklichen, hilflosen Rekruten gezwungen hat, seinen eigenen Prax in den Mund zu nehmen. Dies hier ist keine Schande, aber ein derartiger Vergleich, das ist eine Schande. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Sold.) Dann hat Herr Raske behauptet, die Krone verleihere, irgend welche Fortschritte würden nicht erzielt. Ich möchte hervorheben, daß noch 1903 im ganzen 602 Offiziere und Unteroffiziere befristet sind wegen Mißhandlungen, daß diese Zahl im Jahre 1908 auf 296 zurückgegangen ist. (Hört! hört!) Die Zahl würde noch tiefer stehen, wenn wir nicht im Jahre 1908 gesungenen gewesen wären, auf Mißhandlungen zurückzugehen, die im Jahre 1903, 06 und 08 gespielt haben. Wir gehen also an keinem Maße vorbei. Wir sind bekannt, in welchen ein Offizier die ihm gemessenen Mißhandlungen nicht verfolgt hat, es hat dann jedesmal den Abschied gegeben. Es ist nicht wahr, daß über gewisse Dinge von den Vorgesetzten absichtlich hinweggesehen wird, jede Charge ist auf das eingehende bestrukt, diese Mißhandlungen herauszubringen. Die Krone ist ein Organismus, der mit dem Volke arbeitet und dem Volke angehört, da kann es auf Augenblickserfolge, wie hier behauptet ist, in keinem Falle ankommen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn ein Rekrut durch ältere Mannschaften mißhandelt wird, so ist das in jeder Hinsicht zu beklagen, aber alle solche Dinge werden hart bestraft. Sie müßten doch damit zufrieden sein, wenn eine Bestrafung hier eintritt; es hat doch keinen Zweck, jede Mißhandlung hier noch breit zu treten. Wenn wir nicht bestraften, nicht zusehen, dann hätten Sie ein Recht dazu, aber das ist tatsächlich gescheit, und nicht nur ein Bruchteil verfolgt wird, so dürfte man doch nicht gegen die Krone gehen. Herr Raske hat sich gegen die Schimpfereien in der sozialdemokratischen Presse aufzuzeigen. (Sehr gut!) Vielleicht gegen den Terrorismus (Nachen bei den Sold.) von welchem der Abg. Pfiffner im Abgeordnetenhaus ein Bild gemalt hat, das Sie sich nicht hinter die Spiegel stellen werden. (Große Heiterkeit rechts.) Der Terrorismus, durch welchen ganze Familien um ihre Existenz gebracht werden, ist schlimmer, als wenn einmal ein Soldat einen Prax auf dem Hofenstapel hört. Die Zahl der Verletzte schwankt in den einzelnen Jahren außerordentlich. Der Minister verliest eine Anzahl Zahlen. Nun fordern Sie eine Reform des gesamten Militärstrafrechts. Das Militärstrafrecht ist aber vollkommen abhängig von dem allgemeinen Strafrecht, es ist kein selbständiges Strafrecht, sondern ein Anhang zu dem allgemeinen Strafrecht. In diesem Augenblick, wo das neue Strafrecht für das Deutsche Reich in Vorbereitung ist, trage ich Bedenken, an eine so bedeutende und umfassende Reform des Militärstrafrechts heranzutreten, wie sie gefordert wird. Wir würden sonst in kurzer Zeit noch einmal an eine derartige Arbeit gehen müssen. Im Militärstrafrecht ist ausdrücklich gesagt, daß minder schwere Fälle als Milderungsfälle anzusehen sind, es fehlt also der Begriff der Milderenden Umstände nicht. Wir haben mit diesem Strafrecht eine Disziplin aufrechtzuerhalten, die ein jederzeit kriegsbereites Heer haben muß. Wenn wir bis jetzt bewacht geblieben sind vor sehr schweren Vergehungen, so danken wir dies den Strafandrohungen, die vor Vergehungen bewahren. Wenn der Entwurf für ein neues deutsches Strafrecht vorliegt, müssen wir an eine gewisse Umarbeitung des Militärstrafrechtbuches herangehen, die Vorarbeiten dazu sind bereits im Gange. Der Abg. Müller-Meinungen hat gemeint, er hätte verschiedentlich über die Behauptung gesprochen, es sei noch keine Antwort erteilt. Vor zwei oder drei Jahren ist aber ausdrücklich auf alle von ihm dargebrachten Punkte, die eine Änderung bedürften, Antwort erteilt.

Im vergangenen Jahre hat der Abg. von Obem erzählt, wie er in seiner Gestalt die Beschwerde gehandhabt habe. Er habe den Reuten gefast, sie sollten die Beschwerde unter allen Umständen anbringen, „sonst werde ich euch ein!“ Abg. Müller-Meinungen hat darauf erwidert: Ja, wenn es lauter solche Leute wären, wie unter Kollege hier, dann wäre es gut. Nun, ich erkläre, die Beschwerde des Soldaten geht nicht mehr durch die Unteroffiziere, der Soldat ist vollkommen frei, an wen er seine Beschwerde vorbringt, wo und wie, schriftlich oder mündlich, und jeder Beschwerde muß nachgegangen werden. Im übrigen ist die Reform der Beschwerde ein Akt des Disziplinarrechts und hängt infolgedessen zusammen mit der Befehlsgewalt. Das gleiche gilt vom Ehrengerichtsverfahren. Unsere Ehrengerichte haben ganz zweifellos vorzüglich gewirkt und mit ganz besonderem Erfolg auf die Erziehung des Offizierskorps. Beim Ehrengericht kommt es darauf an, daß einmal jeder Fall klar und erschöpfend behandelt wird; ich glaube, daß das vollständig geregelt ist. Die Ehrengerichte können sich jederzeit als nicht zuständig erklären, wenn die Informationen ihnen nicht genügen. Sie können auf weitere genauere Informationen dringen. Zweifeln muß der betreffende Offizier sich genau berechnen können. Auch dies ist erwünscht, obwohl man viel-

leicht hier noch einen Schritt weiter tun könnte. Ein dritter Punkt ist der, daß der Spruch den allgemeinen Standesansichten und Rücksichten entsprechen muß.

Dann einige Worte auf Herrn Raske. Er hat mir wieder ein Alibi überreicht, daß, glaube ich, Besonderen einfallen soll über Nichtberücksichtigung der jüdischen Elemente als Kräfte, als Reserveoffiziere. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß es keine Bestimmung und kein Gesetz gibt, das darauf hinwirkt, daß aus konfessionellen Gründen irgend jemand als Reserveoffizier nicht zugelassen werden könnte. Ich bin allerdings der Meinung, daß es in der Krone wohl vorkommt, daß ein junger Mann israelitischen Glaubens einmal deshalb nicht Reserveoffizier wird, weil er Jude ist, aber wenn die Konfession (Zuruf rechts: Die Religion!) — die Religion als Grund angegeben ist, so ist das gegen die allerhöchsten Bestimmungen. Es ist ausdrücklich in einer Verfügung, die am 10. Juli 1908 vom Kriegsministerium erlassen ist, daran erinnert, daß es unzulässig ist, Einjährig-Freiwillige und Reserveoffiziersaspiranten lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft, wegen des Glaubens ihres Vaters und dergleichen von der besonderen Ausbildung zu der Offiziersprüfung und Beförderung auszuschließen. Ich hoffe, daß das eine gewisse Wirkung dahin getan hat, daß man tatsächlich nur auf die Tüchtigkeit sieht. Es ist also nicht haltbar, daß ein Reserveoffizierskorps einen jungen Mann, der sonst die Befähigung hat, einfach ablehnt, weil er Jude ist. Aber bei der Unteruchung der Fälle ist mir eins aufgefallen. Die jungen Leute haben Bemerkungen mitgeteilt, die ihnen von den Offizieren gemacht sind und das hat sich dann einigermaßen anders herausgestellt. Wenn z. B. ein junger Mann sagt, der Reutnant habe ihm gesagt: Es ist wirklich gar zu großartig, wie Sie Ihren Zug führen; ich wollte, ich könnte das! (Große Heiterkeit rechts) — das wird als bare Münze hingenommen. Auf den Eifer allein kommt es nicht an, sondern tatsächlich doch auf die Fähigkeit, wirklich kommandieren und eine Truppe führen zu können; das muß man unter allen Umständen verlangen. Und ich muß auch verlangen, daß die jüdischen Herren sich unbedingt dem Urteil fügen, das die Vorgesetzten über sie sprechen. Rekonstruiert wird gegen die Qualifikation eigentlich nur von den jungen jüdischen Herren. (Gelächter links.) Ich gebe zu, sie mögen manchmal recht gehabt haben, aber in diesen Fällen, die mir vorgetragen sind, haben sie ganz sicher nicht recht gehabt. Die Krone hat, ich glaube bis zum Jahre 1880, tatsächlich jüdische Reserveoffiziere gehabt; die Krone hat ganz zweifellos keinen Schaden davon gehabt, und ich muß offen sagen — vielleicht werde ich deshalb kolossal angegriffen —; ich halte es einfach für einen Akt der Gerechtigkeit, daß ein junger Mann, auch wenn er Jude ist, wenn er sonst tüchtig ist und im übrigen geeignet, auch zum Reserveoffizier gemacht wird. (Abg. Raske: Bravo! Große Heiterkeit.)

Dann ein Wort über den Fall Graband. Ich habe ihn so vorgetragen, wie er mir bekannt geworden ist. Aber nach den Darlegungen, die hier erfolgt sind, will ich mich dieses Falles noch einmal annehmen. Ich will noch einmal genau nachforschen, wie er gelegen hat.

Der Abg. Raske hat dann noch hingewiesen auf ein Militärverbot, das den Reserveoffizieren in Hagen den Verleber in einem gewissen Lokal als unerwünscht bezeichnet hat. — Ein sehr eigenartiger Fall, der ich lieber hier nicht zur Sprache gebracht hätte, weil mir scheint, daß in diesem Kreise es im höchsten Maße merkwürdig zugegangen ist. Es haben dort allerdings Referende, ich glaube, auch Offiziere verkehrt. Dieser Klub nannte sich „Der Seehund“ (Heiterkeit), und die Manier in diesem Klub war wirklich — sehr unheimlich. (Große Heiterkeit.) Ich weiß sehr wohl, daß es Stunden gibt, wo — Genialität herrscht (Heiterkeit); aber wenn in dem Klub es Mode ist, daß von Anfang an der — Hebermen alle Regeln der Etikette oder der Zivilisation abstreift (Heiterkeit), wenn der Empfang, sowie der Betreffende herankommt, gleich mit einem Wort beginnt, was ich hier nicht aussprechen kann — nach mit „Alles“ anfängt und mit „Ich“ schließt — (Minutenlange Heiterkeit) — wenn in diesem Ton geredet und Genialität geübt wird, — dann läuft man eigentlich Gefahr, daß aus diesen Umgangsformen sich sehr schmierige und unangenehme Verhältnisse entwickeln können. (Heiterkeit und sehr wahr!) Dieses — Seehundtreiben hat auch in Hagen schon auf einem Balle zu recht unangenehmen und auffälligen Vorgängen geführt, und da hat es, ich glaube mit Recht, dem General-Kommando daran gelegen, zu verhindern, daß nun mal einer kommt, der sich durch eine solche Redensart beleidigt fühlt und vielleicht durch eine noch härtere beleidigt; deshalb hat der kommandierende General den Wunsch geäußert, daß in diesem Klub nicht mehr verkehrt werden möge. (Beifolige Zustimmung.) Ich hoffe, daß der „Seehund“ sich durch diese Maßregeln verflüchtigt (Heiterkeit) und etwas bessere Manieren annimmt.

Und nun noch auf die heftige Sitzung, auf Herrn Erzberger. Er hat geäußert, daß ich durch die Art meiner Fragen an den Abg. Häußler ihm hätte zeigen wollen, daß ich ihn für einen Ignoranten halte. Das ist mir selbstverständlich nicht beigelommen. Ich bin selbst nicht ein solcher Ignorant, wenn allen bayerischen General für einen Ignoranten zu halten. Wenn ich so gefragt habe, wie ich es getan habe, so habe ich nichts weiter tun wollen, als meinem Erkömnen Ausdruck zu geben, daß der Herr Abgeordnete Anstöß genommen hat an dem Geh in der Denkschrift über die Kavallerie, daß das Pferd die beste Waffe des Reiters ist. Herr Erzberger hat mir heißen Dank dafür ausgesprochen, daß ich befragt habe, daß es ein Subjekt des Reichstages gibt. Das beachte ich ihm wohl nicht erst zu sagen.

Den heißen Dank habe ich also nicht verdient. (Heiterkeit.) Herr Erzberger hat weiter behauptet, ich wäre wohl zu weit gegangen, wenn ich gesagt hätte, daß das Militärkabinett niemals in meine Befugnis eingegriffen hätte. Ich muß aber absolut dabei bleiben, daß das Militärkabinett in meine Rechte nicht eingegriffen hat, auch hinsichtlich des Aggregierten-Fonds nicht. Herr Erzberger hat gesagt, daß der Hauptmann vom 4. Garde-Regiment, bei dessen Reorganisation die Aufhebung der Soldatenmishandlungen vorgekommen waren, nun zum Major ernannt worden ist. Wenn bei der Abstellung eines Offiziers solche Mißhandlungen vorkommen, so wird er bestraft und außerdem geht immer nebenher die Frage: Ist der Mann überhaupt noch brauchbar, einen Truppenteil zu führen? Wenn man sich sagen muß, daß er die nötigen Garantien nicht mehr bietet, so erhält er seinen Abschied. Wir haben auf diese Weise schon verschiedene an sich tüchtige Offiziere verloren. Wenn man glaubt, daß ein solcher Offizier die nötigen Garantien bietet, so verleiht man ihm in ein anderes Regiment. Der tragische Hauptmann ist gewiß nicht mit offenen Armen und Schuldbüchlein in seinem neuen Regiment aufgenommen worden. Wenn er aber fünf Jahre lang rein seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat, und wenn ihn jetzt seine Vorgesetzten für eine höhere Stelle vorschlagen, so muß doch sein einstweiliges Vergehen als gekümmert erachtet werden. (Sehr richtig! rechts.) Herr Erzberger hat uns den unberechtigten Vorwurf gemacht, wir hätten Soldaten zur Ausschließung nach Essen geschickt. Das ist unrichtig, es handelte sich um einen Waffenschmied, der etwas lernen sollte. Auch andere Nachrichten des Abg. Erzberger sind falsch, so auch die Behauptung, daß in Pillau dem Kommandeur aus einem besonderen Fonds die Wohnung glänzend ausgestattet und mit Defensivmitteln versorgt worden sei. Er will die Nachricht von einem Oberleutnant bekommen haben. Die Wohnung ist für ganze 900 Mk. aus dem laufenden Fonds renoviert worden. (Heiterkeit rechts.) Die Defensivmittel befinden sich in der Wehrkammer, die Plätze sind blau und ein roter Strich gesetzt worden sind. (Große Heiterkeit.)

Der Abg. Erzberger hat seinerzeit ausgesprochen, daß er vergeblich dagegen gekämpft habe, daß der Auftrag für Reichsmünzprägung in Höhe von 40 Millionen Mark an eine einzige Firma vergeben sei. Wir haben noch niemals einen solchen hohen Fonds für diese Zwecke überhaupt gehabt. Von den Summen von 40 Millionen Mark, die diese einzige Firma bekommen haben soll, bleiben im ganzen 3% Millionen übrig nach meinen Feststellungen. (Hört! hört! rechts.) Der Vorwurf, daß die Maschinen gewaschen zu teuer bezahlt werden, ist nur teilweise berechtigt, denn wir haben die Summen nicht für das Gewehr selbst bezahlt, sondern die Firma hatte das Patent allein und gab es an eine andere Firma ab, wir konnten überhaupt kein Nachbattergewehr unter den festgesetzten Preise bekommen. Sowie das Patent abgelaufen war, haben wir dahin gewirkt, daß die Preise um über 2000 Mark heruntergingen. Ich muß nochmals auf den gestern hier vorgelegenen Fall zurückkommen, daß zwei Offiziere Gebrauch gemacht hätten und trotzdem nach Hannover kommandiert wären. Die Angelegenheit liegt 4 bis 5 Jahre zurück, und ich werde hier auf Grund der noch heute morgen erfolgten Ermittlungen auf das Bestimmteste fest, daß ein Gebrauch nicht stattgefunden hat. Ich möchte doch darum bitten, daß, wenn man solche Anklagen von der Tribüne des Reichstages aus spricht, man sich doch Evidenz verschafft von der Wahrheit. (Beifolige Zustimmung rechts.) Der Abg. Erzberger hat gewiß keine böse Absicht dabei gehabt, aber er ist übereizelt, und ich möchte ihn bitten, daß bei diesen verschiedenen Mitteilungen, die er bekommt, etwas vorsichtiger zu sein. (Zustimmung.) Ich glaube, daß damit ihm selbst am allermeisten gedient ist. (Beifolige Beifall.)

Abg. Niesberg (Wirtsh. Bg.): Heute ist ein anderer Tag als der vom vorigen Jahre. Heute ruft er: Wieder mit dem Militarismus, damals wünschte er, daß das ganze Volk an den militärischen Einrichtungen teilnehme. An den Mißhandlungen ist nur die aufreizende Tätigkeit der Sozialdemokraten schuld. In den Kasernen wird nicht so viel Disziplin gehalten wie in der sozialdemokratischen Partei. Der Redner erklärte eine Reihe von Handwerkerfragen, Verneinung von Versicherungen u. d. Der Kriegsminister habe gesagt, daß er der richtige Mann am richtigen Platze ist. (Beifall, laut Beifall.) Auch wenn der Abg. Redner sich in später Stunde noch so sehr aufregt. Die bürgerlichen Parteien bringen Herrn v. Einem das größte Vertrauen entgegen und können nur wünschen, daß er noch lange seinen Posten verwaltet möge, wenn auch zum Herzer der Sozialdemokraten, aber zur Freude der bürgerlichen Parteien. (Beifall.)

Das Haus verlegt sich. Abg. Erzberger macht eine längere persönliche Bemerkung. Er erklärt, der Kriegsminister habe ihn in keinem Punkte widerlegen können. In der dänischen Ebebruchsaffäre habe sich die ganze Differenz dahin zu, ob es sich um Ebebruch oder unerlaubte Beziehungen des betreffenden Offiziers handle. Der Kriegsminister, der früher dem Abg. Raske gegenüber schon sehr unvorsichtig gewesen sei, habe keine Veranlassung, einen Abgeordneten so zu behandeln, wie er es getan.

Abg. Runo (Freif. Bg.) bedauert, daß er nicht schon heute die schiefe Darstellung des Gegenstandes zurückweisen und klarstellen könne, was die Zivilbehörde im Gegensatz zur Militärbehörde an den Vorgängen zu beanstanden habe. Nächste Sitzung: Sonnabend, 1 Uhr, Fortsetzung. Schluß 8 Uhr.



Sunlicht Seife

hat einen märchenhaften Umsatz. 20 Millionen Stück ist der Wochenverbrauch. Über die ganze Erde ist Sunlicht-Seife verbreitet. Dieser enorme Consum ist aber das beste Zeugnis, welches diesem hervorragenden Fabrikat ausgestellt werden kann, das überall in stets gleichbleibender Güte zu haben ist!



| | | | | | | |
|--|---|---|---|--|---|--|
| Möbl. Zimmer. B 2.7 3. Stod. gut möbl. Zimmer u. 1. April zu vermieten. 5701 | D 3,2 3. Et., 1 gut möbl. Zim. per sofort u. v. 2473 | E 1.14 Pflanzen, 2 Trepp. 1 gut möbl. Zim. m. sep. Eing. zu verm. 5882 | J 3, 21, 2. Et. gut möbl. Zim. sol. zu vermieten. 6029 | K 3.7 3. St. Möbl. Zim. zu vermieten. 5869 | M 3.2 Einj. möbl. Zimmer mit Pension zu vermieten. 5811 | O 6.1 2. Et. rechts, 2 schön möbl. Zimmer, mit freier Aussicht, separ. Eingang als Wohn- und Schlaf-Zimmer oder auch einzeln zu vermieten. Auch sehr geeignet für Bureau. 6015 |
| B 6.1 3. Et., gut möbl. geräumig. Zimmer m. 2 Fenstern auf die Straße zu vermieten. 5854 | D 3,13 1. Et., 11 Zim., 5 Bäder, 10 W. u. v. 5841 | F 3, 11, 4. Et., Pflanzen. 28. Möbl. Zim. an sol. Herrn od. Dame sol. zu verm. 5495 | J 7.28 3. Et., fein möbl. Zim. 6. II. rnh. Kam. als Nebenräume u. 22 pro Monat mit Kaffee sol. od. 1. April zu verm. 5880 | L 4.12 Wohn- u. Schlafzim. co. eing. zu vermieten. 5796 | N 7.22 3 Treppen. Schön möbliertes Zimmer zu vermieten. 6790 | P 4,12 1. Et., 11 Pflanzen mit oder ohne Pension zu verm. 5822 |
| B 7.10 3. Et. möbl. Zim. ev. m. Veni. u. v. 5888 | D 3,15 2. Stod. elegant möbl. Zimmer m. Klavierben. zu verm. 5793 | F 5, 1, 3. Et., 2 schön möbl. Zim. an 2 ant. Herk. u. v. einzl. od. ant. bill. u. v. 5897 | K 1, 15, Redarbrücke, 1. Et., hübsch möbl. Wohn- u. v. 1. April u. v. 5859 | L 11.19 Nähe Ostbahnhof. 10 möbl. Port. Wohn- u. Schlafzim. co. eing. zu vermieten. 5799 | N 3, 3, II. fein möbliertes Zimmer an best. Herrn pr. sofort zu vermieten. 261- | Q 7, 24 on mit möbliert. Zimmer in der Nähe des Hauptbahnhofs zu verm. 5802 |
| C 1.14 2 Treppen. fein möbliertes Zimmer zu vermieten. 5971 | D 4.11 4. Et., gut möbl. Schlafzimmer m. Schreibtisch zu vermieten per 1. April. 5792 | F 7, 15, 3. Et. rechts. Schön möbl. Zim. p. 1. Apr. u. v. 5709 | K 2, 20, 3. Et. r. Gut möbl. Schlafzim. m. Schreibt. 25 Mk. sol. zu verm. 5821 | L 12, 8, 3 Trepp. fein möbl. Zim. m. Brühl. u. v. 5835 | N 4.7 1. Et., schön möbl. Zimmer zu verm. 5884 | R 7, 38, Nähe Ring. Gut möbl. Parierzim. auf 1. April zu vermieten. 5821 |
| C 3.11 schön möbl. Wohn- u. Schlafzimmer sep. Eing. zu verm. 5487 | D 4.14 2 Treppen, fein möbl. Zimmer m. od. ohne Veni. auf 1. April zu vermieten. 5789 | F 2, 2 1. Et., grohd. schön möbl. Zimmer an 2 Herrn zu vermieten, evtl. m. Pension. 5817 | L 4.9 2. Et. links, ein möbl. Zimmer mit Veni. zu verm. 5904 | L 12, 4 möbl. Wohn- u. v. einzeln zu vermieten. 5894 | N 6, 6a gut möbl. Zimmer mit Veni. u. v. 5882 | |
| C 4.14 part. schön möbl. Zim. u. ev. 5886 | F 5, 15 4. Et. Einj. möbl. Zimmer u. v. 5788 | G 7.4 1. Et. gut möbl. Zim. sol. zu verm. 5701 | L 4.9 2. Et., gut möbl. Zim. sol. zu verm. 6024 | L 13, 2 3. Et., schön möbl. Zimmer zu verm. 6047 | O 6.1 1. Et., schön möbl. Parierzim. zu verm. 5790 | |

Von Samstag, den 20. ds. Mts. bis Ostern

gewähre ich

10% Rabatt.

Max Schill

Spezialhaus f. Damen-Konfektion

Täglich Eingang von Neuheiten.

Planken Telephone Nr. 4118.

MANNHEIM

O 3, 4 neben der Hauptpost.

Ich kaufe von Herrschaften abgelegte Kleider... Ich bezahle höchste Preise... B. Nass, G 3, 17, im Laden.

Ankauf. Ein Aufzug mit Kraftantrieb für Bauhof... Treibriemen, Oele, Fette...

Verkauf. Angenehme Existenz... Korbsoda... Stellen finden... Fräulein... Verkäuferin... Mädchen...

Agenten für hier für leicht... junger Mann... Fräulein... Verkäuferin... Mädchen...

Suche für 1. April ein zuverlässiges Mädchen... Monatsfrau... Keller... Lagerräume...

Suche für 1. April ein zuverlässiges Mädchen... Monatsfrau... Keller... Lagerräume...

Geldverkehr. Hypotheken-Kapital auf hiesige Objekte... ERNST WEINER... C 1, 17 - Telephon 1188 - C 1, 17.

Konfirmation- u. Kommunion-Geschenke: Halskettchen mit Anhänger, Uhrketten, Manschettenknöpfe, Tintenzeuge, Schreibmappen, Brieftaschen, Visites, Spazierstöcke, Touristenbestecke, Taschenmesser, Silberbleistifte, Reise- u. Taschen-Necessaires, Photographie-Album etc.

E 1, 16 S. Kugelmann Planken geg. Pfälzer Hof Reichste Auswahl Sehr billige Preise

Buntes Feuilleton. Neues von den Hälshertrids wird in einem interessanten Aufsatz der 'National Review' erzählt... Die Hälshertrids sind in der Antiquitätensammler im reißenden Fieber...

nicht wenig Kopfzerbrechen verursacht. Man las die Buchstaben M. J. D. D. und nach langen Debatten deutete man sie schließlich als die Widmungsschrift einer Opfergabe...

das Hauptloset mit einem Epheutäuslein umhüllt. Er feuchte, ein müdes Häuschen und lispelte dann leise flüsternd: 'Entschuldigend Sie mich, ich habe heute meine Vapeurs'...



Frühlings-Grüsse

aus dem

Reiche der Mode

bringt unsere

Saison-Ausstellung.

In den prächtig geschmückten Räumen eine überraschende Fülle reizvoller Darbietungen des einfachen bis besten Genres.

„Ein entzückendes Bild des erlesenen Geschmacks, der Eleganz und Gediegenheit.“

Wir sind überzeugt, mit unseren Arrangements das Hervorragendste zu leisten und setzen in geziemender Wertschätzung des Publikums dessen verständnisvolles Interesse dafür voraus.

Jeder der geehrten Besucher wird von dem Gebotenen höchst befriedigt sein.

Wir erbitten einen gütigen regen Zuspruch.



Damen-Konfektion:

- Jacken-Kostüme
- Gesellschaftskleider
- Paletots
- Abendmäntel
- Kostümstücke
- Jupons
- Morgenröcke
- Matinees, Blusen

Hutputz:

- Pariser Original-Modelle
- Garnierte Hüte
- eigene Ateliers
- Maletots
- Hutformen
- Bänder
- Blumen
- Federn
- Tulle
- Schleier
- Chiffons
- Fantasies
- Borden



- Kleiderstoffe
- Seidenstoffe
- Seidenband
- Spitzen
- Besätze
- Damenwäsche
- Korsette
- Handschuhe
- Strümpfe
- Schuhwaren
- Schirme
- Gürtel
- Haarschmuck

S. Cronker & Co.

Mannheim

Sehenswerte Schaufenster-Ausstattungen.

